

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

## INHALT:

<b>Editorial</b>	Seite 70
<b>GI Aktuell</b>	Seite 70
<b>Steuerberaterhaftung</b> Alternative Abschreibungen / Schaden, Vermögensvergleich / Beweis für Kausalität und Schaden / Verjährungsbeginn, § 68 StBerG. (BGH, Urt. v. 16.10.2003 - IX ZR 167/02)	Seite 72
<b>Fristenkontrolle</b> Zwei Prozessbevollmächtigte / Organisationsverschulden (BGH, Beschl. v. 10.4.2003 - VII ZR 383/02)	Seite 76
<b>Anwaltschaftung</b> Belehrung zu Prozessaussichten / Ehebedingte Zuwendungen / Gütertrennung / Anerkenntnis des Honorars (OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.12.2003 - I-24 U 73/03)	Seite 77
<b>Steuerberaterhaftung</b> Verjährung, § 68 StBerG / Verjährungsbeginn / Anerkenntnis des Versicherers / Hemmung der Verjährung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.12.2003 - 23 U 179/02)	Seite 82
<b>Anwaltsregress</b> Gerichtsstand / Unerlaubte Handlung / Handlungsort, Erfolgsort (OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.11.2003 - I-24 U 176/03)	Seite 86
<b>Honorar des Rechtsanwalts</b> Honorarvereinbarung, § 3 Abs. 1 BRAGO / Honorarschein / Gebührenanspruch, § 18 Abs. 2 BRAGO (OLG Düsseldorf, Urt. v. 29.7.2003 - I-24 U 70/03)	Seite 87
<b>Steuerberaterhaftung</b> Unredlicher Mandant / Vorsatz des Geschädigten (OLG Köln, Urt. v. 29.8.2002 - 8 U 5/02)	Seite 88
<b>Steuerberaterhaftung</b> Prognoserechnung / Anlageberatung / Einkommensentwicklung des Mandanten (OLG Naumburg, Urt. v. 29.4.2002 - 1 U 150/01)	Seite 93
<b>Lohnbuchhaltung</b> Gehaltsbestimmung / Tarifvertrag (LG Bonn, Urt. v. 1.10.2002 - 15 O 228/02)	Seite 99
<b>GI Leitsätze</b>	Seite 101
<b>GI Hinweise</b>	Seite 102



## Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

**der Verjährungsbeginn von Schadenersatzansprüchen** gemäß § 68 StBerG wegen so genannten **Objektverbrauchs** und damit **entgangener Abschreibungsmöglichkeiten** war immer umstritten. Der BGH hat nun klar gestellt, dass es für den Beginn auf den Bescheid über die Ablehnung der beantragten AfA ankommt und nicht auf die Inanspruchnahme der AfA für das Erstobjekt. Der Schaden tritt erst ein, wenn feststellbar eine Steuerbegünstigung gewollt, aber nicht mehr möglich ist.

**Vertreten zwei Anwaltsbüros einen Mandanten**, kommt es oft zu Problemen bei der Fristenkontrolle. Der BGH hatte über eine verfristete Berufung im Verfahren auf Wiedereinsetzung zu entscheiden. Ergebnis: Es muss gewährleistet sein, dass zunächst festgestellt wird, **wem die anzufechtende Entscheidung zuerst zugestellt wurde**. Erst nach Klärung dieser Frage kann eine Fristberechnung erfolgen.

Das OLG Düsseldorf beschäftigt sich mit der Frage, wann das **Verhalten des Versicherers** zu einem **Anerkennnis** oder **einem Stillhalteabkommen** führt bzw. die Erhebung der Verjährungseinrede gegen **Treu und Glauben** verstößt. Hier sind höhere Hürden gesetzt, als es der Geschädigte häufig vermutet.

Zur **formwirksamen Vereinbarung eines Anwaltshonorars** gemäß § 3 BRAGO wird zum wiederholten Male darauf hingewiesen, dass **jede weitere Regelung** auf dem „Honorarschein“, die nichts mit der Honorarhöhe zu tun hat, schädlich ist (OLG Düsseldorf).

Das OLG Köln durchleuchtet den **Auftragsinhalt des Buchführungs- und Abschlussmandats**. Der Steuerberater muss nicht jede Buchung auf ihre materielle Richtigkeit hin prüfen. Handelt der Geschäftsführer des Mandanten unredlich, wird diesem dessen Verhalten zugerechnet. Selbst wenn der Steuerberater fahrlässig eine Berufspflichtverletzung begeht, kommt in derartigen Fällen allein das vorsätzliche **Verhalten des Auftraggebers** zum Tragen. Ein Regressanspruch gegen den Berater ist nicht möglich.

Der Steuerberater haftet nicht für eine **Prognoserechnung**, wenn sich die steuerlichen Vorteile nicht auswirken, weil der Mandant nicht mehr über ein entsprechend hohes Einkommen verfügt. Das gleiche gilt, wenn ein Anlageobjekt an Wert verliert. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit (OLG Naumburg).

**Zur Lohnbuchhaltung**: Die Bestimmung des Gehalts aus dem Tarifvertrag obliegt dem Arbeitgeber und nicht dessen Steuerberater. Für Letzteren gibt es dementsprechend auch keine Belehrungspflichten (LG Bonn).



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

## GI Aktuell

**BFH: Rückwirkende Verlängerung der Spekulationsfrist für Grundstücke von zwei auf zehn Jahre ist verfassungswidrig**

Nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) in der Fassung des Steuerentlastungsgesetzes (StEntlG) 1999/2000/2002 vom 24.3.1999 ist der Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken des Privatvermögens steuerpflichtig, wenn der Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung nicht mehr als zehn Jahre beträgt; bis einschließlich 1998 betrug dieser Zeitraum lediglich zwei Jahre.

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 16.12.2003 – IX R 46/02 das Bundesverfassungsgericht angerufen, weil nach seiner Auffassung die ab 1999 geltende Neuregelung mit dem Grundgesetz (GG) insoweit unvereinbar ist, als danach auch private Grundstücksveräußerungsgeschäfte nach dem 31.12.1998, bei denen die zuvor geltende Spekulationsfrist von zwei Jahren bereits abgelaufen war, übergangslos der Einkommensbesteuerung unterworfen werden.

Im Streitfall hatte der Steuerpflichtige im Jahre 1990 ein Einfamilienhaus erworben, im Jahre 1997 einen Makler mit dem Verkauf beauftragt und am 22.4.1999 das Grundstück wieder veräußert. Das Finanzamt unterwarf den gesamten Veräußerungsgewinn der Einkommensteuer.

Der BFH hält die Neuregelung des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG für verfassungswidrig, weil sie als unzulässige tatbestandliche Rückanknüpfung (unechte Rückwirkung) gegen den aus dem Rechtsstaatsprinzip folgenden Vertrauensschutz des Klägers verstößt. Der demokratisch legitimierte Gesetzgeber kann zwar beachtliche Gründe haben, bestehende Rechtslagen zu ändern. Der Bürger kann deshalb nicht darauf vertrauen, dass Steuervergünstigungen und steuerliche Freiräume uneingeschränkt auch für die Zukunft aufrechterhalten bleiben. Jedoch ist es erforderlich, bei tatbestandlicher Rückanknüpfung in jedem Einzelfall zu prüfen, inwieweit und mit welchem Gewicht das Vertrauen des Steuerpflichtigen in die bestehende günstige Rechtslage schützenswert ist und ob die öffentlichen Belange, die eine nachteilige Änderung rechtfertigen, dieses Vertrauen überwiegen.

Nach Auffassung des BFH überwiegt im Streitfall der Vertrauensschutz des Klägers das Änderungsinteresse des Gesetzgebers. Mit dem Erwerb des Grundstücks hat der Kläger eine wirtschaftlich motivierte Disposition getroffen

und hierbei das Grundrecht der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit aus Art. 2 Abs. 1 GG in Anspruch genommen. Die Regelung des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a EStG a.F. galt im Zeitpunkt dieser Anlagedisposition bereits seit 65 Jahren und bildete die Grundlage des vom Kläger durch die Anschaffung betätigten Vertrauens. Dieses Vertrauen ist besonders schutzwürdig.

Der Kläger musste mit dem steuerlichen Zugriff des Gesetzgebers in wirtschaftlich bereits eingetretene, bisher nicht steuerbare Wertzuwächse nicht rechnen und konnte dies bei seinen Dispositionen daher nicht berücksichtigen. Er durfte nach Ablauf der Spekulationsfrist des § 23 EStG a.F. im Jahr 1992 erwarten, sein Grundstück nunmehr nicht steuerbar veräußern zu können. Nach der damals geltenden Rechtslage zog eine spätere Veräußerung keine Besteuerung mehr nach sich. In Kenntnis dessen hat der Kläger sein Grundstück bis ins Jahr 1999 behalten.

Öffentliche Interessen überwiegen nach Auffassung des BFH dieses schutzwürdige Vertrauen des Klägers nicht. Die rückwirkende Erweiterung des § 23 EStG war als Maßnahme der Gegenfinanzierung der sich aufgrund des StEntlG 1999/2000/2002 ergebenden Steuerausfälle gedacht. Die bloße Absicht, staatliche Mehreinkünfte zu erzielen, kann jedoch kein Kriterium des Allgemeinwohls sein, weil dieses Ziel durch jedes, auch durch sprunghaftes und willkürliches Besteuern erreicht würde. Gerade bei wachsendem staatlichem Finanzbedarf ist der Gesetzgeber gehalten, eine gerechte Verteilung der Lasten zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr, wenn der Finanzbedarf durch andere – steuersenkende – gesetzgeberische Maßnahmen in vorhersehbarer Weise selbst geschaffen wird.

Da die übergangslose Neuregelung das Rechtsstaatsprinzip und das daraus folgende Gebot des Vertrauensschutzes verletzt, ist der Gesetzgeber gehalten, eine angemessene Übergangsregelung zu treffen. Er muss jedenfalls diejenigen Fälle in eine dem schützenswerten Vertrauen des Steuerpflichtigen hinreichend Rechnung tragende Übergangsregelung einbetten, in denen – wie im Streitfall – die Spekulationsfrist des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a EStG a.F. bereits abgelaufen war und die Steuerpflichtigen nach altem Recht eine geschützte, gegen den (früheren) Steuerzugriff abgeschirmte Rechtsposition erlangt hatten. Insoweit sind mehrere Möglichkeiten denkbar.

Beim Bundesverfassungsgericht liegt nun, wenn es dem Vorlagebeschluss des BFH folgt, die Entscheidungskompetenz, die ab 1999 für die Veräußerung privater Grundstücke geltende einkommensteuerliche Regelung wegen Verstoßes gegen das Grundgesetz für nichtig oder für mit dem Grundgesetz unvereinbar zu erklären und dem Gesetzgeber ggf. einen Gestaltungsauftrag für eine verfassungskonforme Übergangsregelung zu erteilen.

(BFH, *Beschl. v. 16.12.2003 – IX R 46/02*)

Pressemitteilung d. BFH v. 4.2.2004

#### BFH: Promotionskosten dem Grunde nach als Werbungskosten abziehbar

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hatte in langjähriger Rechtsprechung Kosten für den Erwerb eines Dokortitels regelmäßig dem Bereich der Berufsausbildung und damit den Aufwendungen für die Lebensführung zugeordnet, die lediglich mit den Höchstbeträgen des § 10 Abs. 1 Nr. 7 des Einkommensteuergesetzes (EStG) als Sonderausgaben berücksichtigt werden können. Der neueren Rechtsprechung zur Anerkennung von Bildungskosten als Erwerbsaufwendungen folgend hat der VI. Senat nunmehr in seinem Urteil vom 4.11.2003 – VI R 96/01 entschieden, dass auch Promotionskosten Werbungskosten sein können, sofern sie beruflich veranlasst sind.

Der Rechtsstreit betraf eine Krankengymnastin, die die Kosten für das Studium der Medizin nebst Promotion auf dem Gebiet der Orthopädie vergeblich als Werbungskosten bei den Einkünften aus nicht selbstständiger Tätigkeit geltend gemacht hatte. Ebenso wie Aufwendungen für eine berufliche Qualifikation in Form eines Universitätsstudiums zu Werbungskosten führen können, trifft nach Auffassung des VI. Senats Gleiches auch auf Kosten für eine Promotion zu. Für die Zuordnung derartiger Kosten zu den Erwerbsaufwendungen sei auch entscheidend, dass ein Dokortitel für das berufliche Fortkommen von erheblicher Bedeutung, sein Erwerb teilweise sogar unabdingbar sei. Mit der Promotion habe die Klägerin ihre medizinischen Kenntnisse vertieft und erweitert und sich so konkret auf die angestrebte Berufstätigkeit als Fachärztin für Orthopädie vorbereitet. (BFH, *Urt. v. 4.11.2003 – VI R 96/01*)

Pressemitteilung d. BFH v. 4.2.2004

## Steuerberaterhaftung

- Alternative Abschreibungen
  - Schaden, Vermögensvergleich
  - Beweis für Kausalität und Schaden
  - Verjährungsbeginn, § 68 StBerG
- (BGH, Urt. v. 16.10.2003 - IX ZR 167/02)

### Leitsätze:

1. Kommt die Inanspruchnahme alternativer Steuervergünstigungen mit unterschiedlichen Rechtsfolgen in Betracht, hat der Steuerberater grundsätzlich über die verschiedenen Möglichkeiten auch dann umfassend zu belehren, wenn noch nicht erkennbar ist, ob die unterschiedlichen Rechtsfolgen für den Mandanten jemals bedeutsam werden.

2. Hat der Steuerberater schuldhaft über die Wirkung des so genannten Objektverbrauchs bei Inanspruchnahme der erhöhten Abschreibung nach § 7b EStG nicht belehrt, beginnt die Verjährung des daraus herrührenden Ersatzanspruchs nicht mit Bestandskraft des letzten diese Abschreibung gewährenden, sondern mit Zugang des die erhöhte Abschreibung für ein weiteres Objekt versagenden Steuerbescheides.

3. Ist im Regressprozess gegen den rechtlichen Berater streitig, wie sich der Mandant bei vertragsgerechter Leistung des rechtlichen Beraters verhalten hätte, kann der Richter den Regresskläger nach seinem Ermessen hierzu ohne weiteres als Partei vernehmen.

### Zum Sachverhalt:

Die miteinander verheirateten Kläger erwarben in den Jahren 1981 und 1983 je eine Eigentumswohnung in der Absicht, diese zu vermieten. Auf Empfehlung des Beklagten zu 2), der sie damals in steuerlichen Angelegenheiten beriet, nahmen die Kläger Abschreibungen nach § 7b EStG in der damals geltenden Fassung für diese Objekte in Anspruch, was vom Finanzamt auch anerkannt wurde. Im Jahre 1993 erwarben die Kläger ein Einfamilienhaus zur Selbstnutzung. Die von ihnen nunmehr nach § 10e Abs. 1 Satz 4 EStG geltend gemachten erhöhten Abschreibungen wurden vom Finanzamt versagt, weil durch die zuvor nach § 7b EStG gewährten Abschreibungen ein „Objektverbrauch“ eingetreten sei, der solche Abschreibungen ausschließe. Die Festsetzungsbescheide, die die Veranlagungsjahre 1993 bis 1997 betreffen, wurden am 20.4.1998, 11.5.1999 und 9.7.1999 erlassen.

Der Beklagte zu 2) hat seine Steuerberaterpraxis im Jahre 1989 mit allen Rechten und Pflichten auf die C. KG übertragen; diese wurde im Jahre 1991 in die Beklagte zu 1) eingebracht.

Die Kläger haben geltend gemacht, sie seien bei Erwerb der Eigentumswohnungen vom Beklagten zu 2) falsch beraten worden, weil es möglich gewesen wäre, anstelle der Abschreibung nach § 7b EStG die – steuerlich gleichwertige – Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG in Anspruch zu nehmen. In diesem Falle wären für das Einfamilienhaus Abschreibungen nach § 10e EStG möglich gewesen. Den durch den Verlust der Abschreibungen in den Jahren 1993 bis 1997 eingetretenen Schaden haben die Kläger mit 41.060,34 DM beziffert, die Beklagten als Gesamtschuldner auf Ersatz dieses Betrages zzgl. Zinsen in Anspruch genommen und die Feststellung begehrt, dass die Beklagten auch verpflichtet seien, ihnen allen zukünftig noch entstehenden Schaden zu ersetzen. Von der Beklagten zu 1) haben die Kläger aus einem anderen Rechtsgrund Zahlung weiterer 25.868,80 DM verlangt.

Das Landgericht hat der Klage gegen die Beklagte zu 1) stattgegeben und sie im Übrigen abgewiesen. Das Berufungsgericht hat die Berufungen beider Streitparteien zurückgewiesen und für die Beklagte zu 1) in Höhe von 41.060,34 DM sowie wegen des Feststellungsausspruchs die Revision zugelassen. In diesem Umfang verfolgt die Beklagte zu 1) ihr Klageabweisungsbegehren weiter.

Die Revision führt zur Aufhebung und Zurückverweisung.

### Aus den Gründen:

#### I.

Nach Ansicht des Berufungsgerichts hat der Beklagte zu 2) seine vertraglichen Pflichten bei Beratung der Kläger über die Abschreibungsmöglichkeiten für die in den Jahren 1981 und 1983 erworbenen Eigentumswohnungen schuldhaft verletzt. Er habe es versäumt, die Kläger darauf hinzuweisen, dass die Abschreibung nach § 7b EStG einen „Objektverbrauch“ bewirke, die Kläger jedoch den gleichen Abschreibungsvorteil nach § 7 Abs. 5 EStG ohne diese nachteilige Rechtsfolge hätten erzielen können. Zwar hätten die Kläger damals den Erwerb eines selbst genutzten Objekts noch nicht in

Erwägung gezogen. Eine entsprechende Entscheidung in der Zukunft sei aber nicht ausgeschlossen worden. Daher hätte der Beklagte zu 2) die Kläger über die ihnen zur Verfügung stehenden steuerlichen Alternativen und die damit jeweils verbundenen Vor- und Nachteile belehren müssen.

Gegen diese Erwägungen wendet sich die Revision im Ergebnis ohne Erfolg.

1. Der Steuerberater hat im Rahmen seines Auftrags den Mandanten **umfassend zu beraten und ungefragt über alle bedeutsamen steuerlichen Einzelheiten und deren Folgen zu unterrichten**. Insbesondere muss er seinen Auftraggeber möglichst vor Schaden bewahren; deswegen hat er den sichersten Weg zu dem erstrebten steuerlichen Ziel aufzuzeigen und sachgerechte Vorschläge zu dessen Verwirklichung zu unterbreiten. Kommen verschiedene steuerrechtliche Wege mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen in Betracht, so hat der Steuerberater seinem Auftraggeber diese Möglichkeiten und die mit ihnen verbundenen Rechtsfolgen aufzuzeigen. **Die Beratung soll den Mandanten in die Lage versetzen, eigenverantwortlich seine Rechte und Interessen wahren und eine Fehlentscheidung vermeiden zu können** (BGHZ 129, 386, 396; BGH, Urt. v. 18.12.1997 – IX ZR 153/96, WM 1998, 301, 302; v. 20.2.2003 – IX ZR 384/99, ZIP 2003, 803, 804).

2. Im Streitfall konnten die Kläger entweder die Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG oder diejenige nach § 7b EStG wählen.

a) Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, den Klägern hätten nach beiden Vorschriften gleich hohe Abschreibungsmöglichkeiten zur Verfügung gestanden. Dies entspricht dem von der Beklagten zu 1) in den Tatsacheninstanzen nicht angegriffenen Vorbringen der Kläger, ist jedoch, wie die Revision zutreffend rügt, rechtlich nicht haltbar. Da es in diesem Punkt um eine Rechtsfrage geht, ist das Revisionsgericht an die übereinstimmende Darstellung der Parteien in den Tatsacheninstanzen, beide Abschreibungsmöglichkeiten seien – vom „Objektverbrauch“ abgesehen – gleichwertig, nicht gebunden.

Nach § 7 Abs. 5 Satz 1 EStG stand dem Steuerpflichtigen eine Absetzung für die ersten acht Jahre von jeweils 5%, für die folgenden sechs Jahre von jeweils 2,5% und anschließend 36 Jahre lang von je 1,25% der Herstellungs-

oder Anschaffungskosten zu. Demgegenüber konnten nach § 7b Abs. 1 Satz 2 EStG vom neunten Jahr an jährlich 2,5% vom Restwert bis zu dessen voller Absetzung abgeschrieben werden, wobei sich der Restwert – etwa durch nachträgliche Herstellungskosten – erhöhen konnte (Schmidt-Drenseck, EStG 2. Aufl. 1983, § 7b Anm. 8h). Der Bauherr konnte zudem gemäß § 7b Abs. 3 EStG erhöhte Absetzungen, die er im Jahr der Fertigstellung und in den zwei folgenden Jahren nicht ausgenutzt hatte, bis zum Ende des dritten auf das Jahr der Fertigstellung folgenden Jahres nachholen.

b) Die **Unterschiede in den Abschreibungsmöglichkeiten** nach § 7 und § 7b EStG ändern jedoch nichts daran, dass der Beklagte zu 2) die ihm damals obliegende Beratungspflicht schuldhaft nicht ordnungsgemäß erfüllt hat. Vielmehr gehörte es zu den typischen Vertragspflichten des rechtlichen Beraters, der Mandantschaft die beiden damals möglichen Alternativen mit deren jeweiligen Rechtsfolgen umfassend zu erläutern.

Dies war nicht deshalb entbehrlich, weil die Kläger damals noch nicht den Erwerb eines weiteren Gebäudes in Erwägung gezogen hatten. Da sie eine solche Möglichkeit dem Steuerberater gegenüber auch nicht ausgeschlossen hatten, gehörte es zu dessen Aufgaben, die aus der aktuellen steuerlichen Entscheidung sich für die Zukunft beim Steuerpflichtigen ergebenden Rechtsfolgen zu berücksichtigen und zu erläutern. Er hätte deshalb die Kläger darüber belehren müssen, dass ihnen bei Inanspruchnahme der Absetzung nach § 7b EStG für zwei Häuser die in §§ 7, 7b EStG normierten steuerlichen Vorteile für weitere Objekte nicht mehr zur Verfügung standen.

c) Der Beklagte zu 2) hat schuldhaft gehandelt; denn Umstände, die geeignet sein könnten, die objektive Pflichtwidrigkeit zu entschuldigen, haben die Beklagten nicht vorgetragen.

## II.

Das Berufungsgericht meint, nach den Grundsätzen des Anscheinsbeweises sei davon auszugehen, dass die Kläger bei sachgerechter Beratung die Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG gewählt hätten. Dagegen wendet sich die Revision mit Erfolg.

1. Nach der ständigen Rechtsprechung des erkennenden Senats spricht der **Anscheinsbeweis**

dafür, dass der Mandant bei sachgerechter Beratung die im Rechtsstreit von ihm behauptete Entscheidung getroffen hätte, wenn nach der Lebenserfahrung **lediglich dieses Verhalten nahe gelegen** hätte. Bei einem Sachverhalt, der vom Standpunkt eines vernünftigen Betrachters aus im damaligen Zeitpunkt **mehrere Entscheidungen vertretbar** erscheinen ließ, trifft den Mandanten dagegen die nur **durch § 287 ZPO erleichterte Beweislast**, dass er damals die von ihm nunmehr behauptete Entscheidung bei vertragsgerechter Belehrung durch den Berater getroffen hätte (vgl. BGHZ 123, 311, 313 ff; BGH, Urt. v. 6.12.2001 – IX ZR 124/00, WM 2002, 510, 511).

2. Das Berufungsgericht ist bei seiner Wertung von der rechtlich nicht zutreffenden Annahme ausgegangen, die steuerlichen Vorteile seien bei jeder der in Betracht kommenden Abschreibungsalternativen gleich hoch. Da es folglich an Feststellungen über das Ausmaß der steuerlichen Unterschiede fehlt, die sich damals nach den beiden in Betracht kommenden Alternativen für die Kläger konkret ergaben, entbehrt das angefochtene Urteil der für die Bejahung des Ursachenzusammenhangs notwendigen Grundlage. Es muss daher aufgehoben werden (§ 562 Abs. 1 ZPO).

### III.

Entgegen der Meinung der Revision ist die Klage nicht abweisungsreif. Sollte das Berufungsgericht nach den von ihm ergänzend zu treffenden Feststellungen erneut zu dem Ergebnis gelangen, die Kläger hätten sich, wären sie fachgerecht beraten worden, für Abschreibungen nach § 7 Abs. 5 EStG entschieden, und ihnen sei infolge der Vertragsverletzung des Beklagten zu 2) ein Schaden entstanden, so ist die Klage jedenfalls dem Grunde nach gerechtfertigt.

1. Die Beklagte zu 1) haftet für den vom Beklagten zu 2) verursachten Schaden. Die Beklagte zu 1) hat nach den tatrichterlichen Feststellungen den früher zwischen den Klägern und dem Beklagten zu 2) bestehenden Steuerberatungsvertrag mit allen Rechten und Pflichten übernommen (zur Vertragsübernahme vgl. BGHZ 96, 302, 307 f; 137, 255, 258 ff). Die Kläger haben dem zugestimmt, indem sie das Beratungsverhältnis fortgesetzt haben, obwohl für sie aus den ihnen zugewandten Unterlagen ersichtlich war, dass die steuerberatende Tätigkeit nunmehr von der Beklagten zu 1) erbracht wurde.

2. Das Berufungsgericht meint, die **Verjährungsfrist des § 68 StBerG** habe erst mit Zugang des die Inanspruchnahme weiterer Abschreibungen versagenden Steuerbescheides vom 20.4.1998 begonnen und sei daher bei Eintritt der Rechtshängigkeit nicht abgelaufen. Dem stimmt der Senat zu.

a) Die Verjährung des Ersatzanspruchs gegen den Steuerberater beginnt gemäß § 68 StBerG mit der Entstehung des Regressanspruchs. Entgegen der Meinung der Revision war ein Schaden als Voraussetzung jedes Anspruchs mit Bestandskraft der Steuerbescheide, die die Abschreibungen für die in den Jahren 1981 und 1983 erworbenen Objekte anerkannten, noch nicht eingetreten. Zwar hatten die Bescheide zur Folge, dass die Kläger aus Rechtsgründen für weitere Gebäude keine erhöhten Abschreibungen nach § 7b EStG oder der später eingeführten Bestimmung des § 10e Abs. 1 EStG mehr in Anspruch nehmen konnten (§ 10 Abs. 4 Satz 3 EStG). Als das Finanzamt den Klägern die erhöhten Abschreibungen für die zuerst erworbenen Objekte zuerkannte, stellte der daraus folgende so genannte „Objektverbrauch“ für die Kläger noch keinen **wirtschaftlichen Nachteil** dar, weil damals nicht feststand, dass sie in Zukunft ein weiteres Gebäude erwerben würden.

Die Bestandskraft der Bescheide bewirkte für die Kläger somit lediglich das Risiko, im Falle eines weiteren Grundstückserwerbs in der Zukunft Nachteile zu erleiden. **Solange jedoch noch offen war, ob das mit dem Risiko verbundene Verhalten zu einem Schaden des Mandanten führte, wurde die Verjährungsfrist nicht in Lauf gesetzt** (vgl. BGHZ 100, 228, 232 f; 119, 69, 71). **Das Berufungsgericht ist daher der vom OLG Celle im Urteil vom 10.11.1999 (GI 2001, 46) vertretenen Ansicht, auf die sich auch die Revision beruft, zu Recht nicht gefolgt.**

b) Als sich die Kläger im Jahre 1993 entschlossen, ein Haus zur Eigennutzung zu erwerben, erwuchs ihnen ein Schaden erst mit Zugang des Steuerbescheides vom 20.4.1998, der die Abschreibung nach § 10e Abs. 1 Satz 4 EStG im Hinblick auf den eingetretenen „Objektverbrauch“ versagte.

Der Mandant erleidet infolge fehlerhafter Beratung in steuerlichen Angelegenheiten eine **Vermögensseinbuße grundsätzlich erst dann, wenn der Beratungsfehler zu einem ihn belastenden Bescheid der Finanzbehörde geführt hat.**

Da sich nicht allgemein voraussehen lässt, ob die Finanzbehörde einen steuerrechtlich bedeutsamen Sachverhalt aufdeckt, welche Tatbestände sie aufgreift und welche Rechtsfolgen sie aus ihnen herleitet, besteht vor der Entscheidung der Steuerbehörde für den Mandanten lediglich das Risiko eines Schadens, also eine Gefahrenlage, die im zivilrechtlichen Sinne noch keine Verschlechterung seines Vermögens darstellt. **Erst der zu seinen Ungunsten erlassene Steuerbescheid, welcher den öffentlich-rechtlichen Steueranspruch konkretisiert (§ 37 Abs. 1, §§ 38, 155 Abs. 1 AO) und die Grundlage für die Verwirklichung des Steueranspruchs schafft (§ 218 Abs. 1 AO), bewirkt einen die Rechtsstellung des Mandanten beeinträchtigenden Eingriff.** Dies gilt unabhängig davon, ob die Finanzbehörde einen Leistungsbescheid erlässt oder einen beantragten Steuervorteil durch einen Grundlagenbescheid versagt (BGHZ 119, 69, 72 f; 129, 386, 389 f; BGH, Urt. v. 29.4.1993 - IX ZR 109/92, NJW 1993, 2181, 2182 f; v. 3.6.1993 - IX ZR 173/92, WM 1993, 1677, 1680; v. 18.12.1997 - IX ZR 180/96, WM 1998, 779, 780; v. 23.1.2003 - IX ZR 180/01, WM 2003, 936, 939).

Von welchen tatsächlichen oder rechtlichen Umständen die dem Steuerpflichtigen ungünstige Entscheidung im Einzelfall abhängt, ist danach rechtlich unerheblich. Es kommt grundsätzlich nicht darauf an, welcher Art der vom Steuerberater zu verantwortende, für den nachteiligen Steuerbescheid ursächlich gewordene Fehler ist. **Der Bundesgerichtshof stellt selbst dann, wenn der Steuerberater eine Ausschlussfrist nicht beachtet und die Fristversäumung erst viele Jahre später zu einer dem Mandanten ungünstigen Steuerfestsetzung geführt hat, auf den Erlass des Bescheides ab** (BGH, Urt. v. 29.4.1993, a.a.O.). Entsprechendes gilt im Streitfall, wo sich die unzureichende Belehrung des Steuerberaters für die Kläger erst durch die Ablehnung der von ihnen für das im Jahr 1993 angeschaffte Hausgrundstück vorgesehenen Abschreibungen finanziell spürbar ausgewirkt hat.

c) Eine Differenzierung je nach den Umständen des Einzelfalles würde die gerade im Verjährungsrecht aus Gründen der Rechtssicherheit und des Verbraucherschutzes notwendige Transparenz der Fristenregelung untragbar beeinträchtigen. **Der Senat hat daher bei Schadenersatzansprüchen gegen Steuerberater nur dann einen Beginn der Verjährung ohne Zugang des Steuerbescheides bejaht, wenn die Pflichtverletzung nicht in einer Steuersache begangen worden war.** Dies ist der Fall bei

**Empfehlung einer nachteiligen Vermögensanlage**, wo der Schaden schon mit der rechtlichen Bindung des Mandanten an das Beteiligungsobjekt eintreten kann (BGHZ 129, 386, 388; BGH, Urt. v. 7.5.1991 - IX ZR 188/90, WM 1991, 1303, 1305), oder bei **Beantragung einer Investitionszulage**, über die zwar die Finanzbehörde entscheidet, die jedoch einen direkten Leistungsanspruch gegen den Staat und keine steuerliche Entlastung betrifft (BGH, Beschl. v. 28.3.1996 - IX ZR 197/95, WM 1996, 1108, 1109).

Ein damit vergleichbarer Sachverhalt liegt im Streitfall nicht vor. Die Vertragsverletzung des Beklagten zu 2) besteht in einer unzureichenden steuerlichen Beratung. Der geltend gemachte Anspruch ist auf Ersatz steuerlicher Nachteile gerichtet. (...)

#### IV.

Die Sache ist daher an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 563 Abs. 1 Satz 1 ZPO). Für die neue Verhandlung weist der Senat auf Folgendes hin:

1. Sollte das Berufungsgericht aufgrund der ergänzend zu treffenden Feststellungen zu der Überzeugung gelangen, dass für eine vernünftige Partei in der Situation der Kläger bei Erwerb der ersten beiden Objekte sowohl die Inanspruchnahme der Abschreibungen nach § 7 Abs. 5 EStG als auch die Entschließung für die Alternative des § 7b EStG ernsthaft in Betracht kam, gelangen die Regeln des Anscheinsbeweises nicht zur Anwendung. In diesem Fall wird das Berufungsgericht Beweiserleichterungen, die dem Geschädigten nach § 287 ZPO zugute kommen, besonders zu beachten haben.

Geht es darum, welche hypothetische Entscheidung der Kläger bei vertragsgerechtem Verhalten des rechtlichen Beraters getroffen hätte, liegt es nahe, ihn dazu gemäß § 287 Abs. 1 Satz 3 ZPO **als Partei zu vernehmen, weil es um eine innere, in seiner Person liegende Tatsache geht.** Da die Feststellung, ob ein Schaden entstanden ist, nach den Beweisregeln des § 287 ZPO getroffen wird, gehört die Frage, wie sich der Kläger bei ordnungsgemäßer Beratung verhalten hätte, zu dem von § 287 Abs. 1 Satz 3 ZPO erfassten Bereich.

2. Da die Steuervergünstigungen nach § 7 und nach § 7b EStG nicht deckungsgleich sind, werden die Kläger ihre Darlegung zur Höhe des Schadens ergänzen müssen.



Es genügt nicht, die ihnen in den Jahren 1993 bis 1997 entgangenen Steuervorteile aufzuzeigen. Vielmehr kommt es auch darauf an, ob und in welchem Umfang die Kläger für die ersten beiden Objekte Abschreibungsvorteile eingebüßt hätten, wenn sie die Möglichkeit eines Antrags nach § 7b EStG nicht gewählt hätten.

**Der ersatzfähige Schaden besteht in dem realen Vermögensunterschied zwischen der realen Vermögenslage und derjenigen, die ohne die Vertragsverletzung des Beraters eingetreten wäre. Daher darf sich die Differenzrechnung des Geschädigten nicht auf einzelne Rechnungsposten beschränken, sondern hat einen Gesamtvermögensvergleich vorzunehmen, der alle von dem haftungsbegründenden Ereignis betroffenen finanziellen Positionen umfasst (Zugehör/Fischer, Anwaltschaftung, Rdnr. 1087).**

## Fristenkontrolle

- Zwei Prozessbevollmächtigte
- Organisationsverschulden
- (BGH, Beschl. v. 10.4.2003 - VII ZR 383/02)

### Leitsatz:

Zur Organisation der Fristenkontrolle, wenn die Partei durch zwei Prozessbevollmächtigte vertreten wird.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die Klägerin wurde vor dem Berufungsgericht von den Rechtsanwälten S. & Partner sowie von Rechtsanwalt F. vertreten. Das Berufungsurteil, in dem die Berufung der Klägerin zurückgewiesen und ihre Klage abgewiesen wurde, wurde den Prozessbevollmächtigten der Klägerin jeweils am 20.9.2002 zugestellt. Das Berufungsgericht hat die Revision nicht zugelassen.

Die Klägerin hat nach Ablauf der Frist zur Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde (Montag, 21.10.2002) am 6.11.2002 Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt und Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen der Versäumung der Frist zur Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde gestellt.

Zur Wiedereinsetzung hat sie glaubhaft gemacht:

Ihre Prozessbevollmächtigten hätten vereinbart, dass die Fristenkontrolle allein von Rechtsanwalt F. geführt werden sollte. In dessen Kanzlei werde die Post vom Anwaltskollegium gemeinsam geöffnet und anschließend einer Mitarbeiterin übergeben, welche die Post auf die Dezernate verteile. Dort werde die Frist in einen manuellen und einen elektronischen Kalender (System Rechtsanwalt Micro) eingetragen.

Die zuständige Mitarbeiterin E., die seit 18 Jahren als Anwaltsgehilfin tätig sei und der bisher niemals Fehler bei der Fristenkontrolle und Fristeneintragung unterlaufen seien, habe die Frist am Tage des Zugangs des Urteils zutreffend für den 21.10.2002 eingetragen. Sie habe jedoch die Frist am 24.9.2002 aus dem manuellen und elektronischen Kalender gestrichen, als die Rechtsanwälte S. & Partner die ihnen übersandte Urteilsabschrift geschickt hätten. Frau E. sei dabei irrig davon ausgegangen, sie habe eine vom Gericht zugestellte Urteilsausfertigung vor sich. Sie habe deshalb die neue Frist auf 24.10.2002 notiert und damit gegen die Weisung verstoßen, unbearbeitete Fristen nicht ohne Rücksprache mit dem Rechtsanwalt zu streichen. Rechtsanwalt F. habe die Fristversäumung erst am 24.10.2002 bemerkt.

#### II.

1. Die Nichtzulassungsbeschwerde ist nicht innerhalb der Frist des § 544 Abs. 1 Satz 2 ZPO eingelegt und deshalb zu verwerfen.

2. Der form- und fristgerecht eingelegte Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Frist zur Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde hat keinen Erfolg. Die Klägerin war nicht ohne das ihr gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnende Verschulden ihrer Prozessbevollmächtigten verhindert, die Frist einzuhalten.

Die Klägerin hat nicht dargetan, dass beide Prozessbevollmächtigte ihre Pflichten im Rahmen der Fristenkontrolle erfüllt haben.

a) Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Urt. v. 23.10.1990 - VI ZR 105/90, BGHZ 112, 345, 347; ebenso BVerwG, Beschl. v. 21.12.1983 - 1 B 152/83, NJW 1984, 2115; Zöller/Stöber, ZPO 23. Aufl., § 172 Rdnr. 9 m.w.N.) **ist für den Fall, dass eine Partei durch mehrere Prozessbevoll-**



**mächtigte vertreten wird, für den Beginn des Laufs der Berufungsfrist auf die zeitlich erste Zustellung an einen der Prozessbevollmächtigten abzustellen.** Gleiches gilt für den Lauf der Frist zur Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde; denn gemäß § 84 ZPO sind mehrere Prozessbevollmächtigte berechtigt, sowohl gemeinschaftlich als auch einzeln die Partei zu vertreten.

**Eine ordnungsgemäße Fristenkontrolle war daher nur gewährleistet, wenn Vorkehrung getroffen war, dass für die Fristberechnung sowohl die Zustellung an die Rechtsanwälte S. & Partner als auch an Rechtsanwalt F. im Hinblick darauf beachtet wurde, an wen zuerst zugestellt war.** Denn nur dadurch konnte der Fristbeginn zutreffend berechnet werden.

**b) Die Rechtsanwälte S. & Partner waren daher gehalten, die für die fristgerechte Einlegung des Rechtsmittels erforderlichen Daten zu übermitteln** (BGH, Beschl. v. 25.5.1993 - VI ZB 32/92, VersR 1994, 199 m.w.N.). Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hat dies regelmäßig **schriftlich** zu erfolgen (vgl. BGH, Beschl. v. 4.4.2000 - VI ZB 3/00, NJW 2000, 3071 = BGHR - ZPO § 233 - Rechtsmittelauftrag 31). Die Rechtsanwälte S. & Partner mussten daher Rechtsanwalt F., der die Fristenkontrolle intern übernommen hatte, mitteilen, wann ihnen das Urteil zugestellt worden war. Aus dem Vortrag der Klägerin ergibt sich nicht, dass sie dieser Verpflichtung nachgekommen sind. Die Rechtsanwälte S. & Partner schickten danach lediglich die ihnen übersandte Ausfertigung des Urteils und eine Kopie.

**c) Rechtsanwalt F. hatte die Fristenkontrolle so zu organisieren, dass die endgültige Frist erst dann berechnet und eingetragen wurde, wenn geklärt war, wann an die Rechtsanwälte S. & Partner zugestellt war.** Dazu ist nichts vorgetragen.

**d) Es ist nicht auszuschließen, dass die Bürokratie E. die fehlerhafte Änderung nicht vorgenommen hätte, wenn die Rechtsanwälte S. & Partner das Zustellungsdatum mitgeteilt hätten und Rechtsanwalt F. organisatorische Vorkehrungen getroffen hätte, dass ohne Kenntnis der Erstzustellung keine endgültige Frist berechnet und eingetragen worden wäre.** Die Fristversäumung kann demnach auf einem Fehlverhalten der Prozessbevollmächtigten der Klägerin beruhen, das dieser gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zuzurechnen ist.

## Anwaltshaftung

- Belehrung zu Prozessaussichten
  - Ehebedingte Zuwendungen
  - Gütertrennung
  - Anerkenntnis des Honorars
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.12.2003 - I-24 U 73/03)

### Leitsätze:

1. Der Rechtsanwalt genügt vor Erhebung einer Klage auf Ausgleich ehebedingter Zuwendungen bei Gütertrennung seiner Beratungspflicht nicht, wenn er den Mandanten nicht deutlich auf eine im Rechtsstreit drohende Niederlage hinweist, sondern es nur bei allgemeinen Risikohinweisen belässt.

2. Im Falle unvollständiger Beratung gereicht es dem Mandanten nicht zum Mitverschulden, wenn er gegen den Rat des Rechtsanwalts einen vorteilhaften Prozessvergleich nicht abschließt.

3. Hat der Mandant nach Kündigung des Mandats und Prüfung der Beratungstätigkeit die Honorarforderung des Rechtsanwalts teilweise anerkannt, so kann er diesen Betrag nicht mehr als Schaden geltend machen.

### Aus den Gründen:

#### A.

Der klagende Rechtsanwalt hat den Beklagten im ersten Rechtszug auf der Grundlage eines mit „Abstraktes Schuldanerkenntnis“ überschriebenen Dokuments im Urkundsprozess auf Honorar (18.882,22 DM zzgl. Zinsen) für verschiedene gerichtliche und außergerichtliche Tätigkeiten in Anspruch genommen, die er im Auftrag des Beklagten im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung von dessen Ehefrau (nachfolgend Ehefrau genannt) entwickelt hat. Das Landgericht hat durch Vorbehaltsurteil vom 3.9.2001 antragsgemäß zugunsten des Klägers entschieden.

Im Nachverfahren hat der Beklagte beantragt, das Vorbehaltsurteil aufzuheben und die Klage abzuweisen. Er hat u.a. geltend gemacht: Durch falsche Beratung des Klägers in dem gegen die Ehefrau gerichteten und erfolglos gebliebenen Verfahren auf Rückzahlung von Investitionen in deren Haus bei Gütertrennung nach gescheiterter Ehe (nachfolgend Ausgleichsanspruch genannt) sei ihm ein Schaden entstanden, der den Honoraranspruch übersteige.

Mit dem behaupteten Gegenanspruch hat der Beklagte die Aufrechnung erklärt. Das Landgericht hat zugunsten des Klägers entschieden und das Vorbehaltsurteil aufrechterhalten. Dagegen richtet sich die Berufung des Beklagten.

## B.

Das zulässige Rechtsmittel ist überwiegend begründet. Der Kläger hat den Beklagten unrichtig beraten, woraus diesem ein Schaden in Höhe von 17.123,16 DM entstanden ist. Infolge der Aufrechnung mit diesem Schadenersatzanspruch verbleibt nur ein Resthonorar von 1.759,06 DM (899,39 EUR).

## I.

Der Beurteilung des Landgerichts, der Beklagte habe eine Pflichtverletzung des Klägers nicht bewiesen, vermag der Senat nicht zu folgen. Das Landgericht verkennt, dass sich die unrichtige Beratung schon aus dem eigenen Vortrag des Klägers ergibt.

1. Richtig ist allerdings der rechtliche Ausgangspunkt des Landgerichts, dass der wegen Prozessverlustes Schadenersatz begehrende Mandant darlegen und notfalls beweisen muss, dass der beauftragte Rechtsanwalt seine vertraglichen Pflichten verletzt hat (BGH, MDR 1985, 395; 1987, 666 u. 840). Geht wie hier der Vorprozess ohne Beweisaufnahme verloren, weil die Anspruchsvoraussetzungen nicht vorliegen, muss der Mandant darlegen und notfalls beweisen, dass er nur deshalb das Prozessrisiko eingegangen ist, weil der Rechtsanwalt die Erfolgsaussichten falsch dargestellt hat.

**Der Rechtsanwalt ist nämlich verpflichtet, den ihm vorgetragenen Sachverhalt darauf zu prüfen, ob er geeignet ist, den begehrten Anspruch zu stützen** (BGH, MDR 2000, 297). Durch geeignete Befragung des Mandanten muss er rechtlich relevante Sachverhaltslücken aufklären (BGH, NJW 1982, 437; 1994, 1472) sowie klären, ob für beweisbedürftige Tatsachen geeignete Beweismittel zur Verfügung stehen (BGH, WM 1988, 987, 993). **Schließlich muss der Rechtsanwalt prüfen und den Mandanten darüber aufklären, ob und welche tatsächlichen und rechtlichen Prozessrisiken mit der gerichtlichen Verfolgung des geltend gemachten Anspruchs verbunden sind** (vgl. BGH, NJW-RR 2003, 194; NJW 2001, 115; 1996, 2648; 1994, 1211; 1992, 1159; Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars 6. Aufl., Anm. I 122 ff m.w.N.).

Dabei obliegt es dem Rechtsanwalt zwar nicht, die Erfolgswahrscheinlichkeit mit mathematischer Genauigkeit anzugeben. **Er muss aber auf ein besonders hohes Risiko aufmerksam machen** (BGH, NJW 1994, 791; 1988, 2113).

2. Auf der Grundlage dieser Kriterien steht nach dem eigenen Vorbringen des Klägers fest, dass er den Beklagten falsch beraten hat.

a) Geht es wie im Streitfall um einen **vermögensrechtlichen Ausgleichsanspruch unter Eheleuten im Güterstand der Gütertrennung** nach gescheiterter Ehe, sind wegen der komplexen Anspruchsvoraussetzungen besondere Anforderungen an den Rechtsanwalt zur Sachverhaltsaufklärung und -bewertung zu stellen. **Ehebedingte Zuwendungen** des einen Ehegatten an den anderen können nach Scheitern der Ehe nach den Grundsätzen über den Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 242 BGB) nur dann zurückgefordert werden, wenn ein Vermögensausgleich güterrechtlich nicht möglich ist, insbesondere also im Fall vereinbarter Gütertrennung, und wenn es dem zuwendenden Ehegatten unter Berücksichtigung des vereinbarten Güterstandes den Umständen nach nicht zumutbar ist, es bei dieser Vermögenszuordnung zu belassen.

Ob das der Fall ist, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls, insbesondere nach der Ehedauer, dem Alter der Ehegatten, Art und Umfang der Leistungen und eventueller Gegenleistungen, nach der noch verbliebenen Höhe des Zugewendeten im Vermögen des Empfängers und nach den gesamten Einkommens- und Vermögensverhältnissen beider Ehegatten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (vgl. BGHZ 84, 361, 365, 386 = NJW 1982, 2236 u. NJW 1994, 2545).

b) Richtig ist der Hinweis des Klägers, dass **die gebotene Abwägung der gegenläufigen Interessen mit rechtlichen Risiken behaftet ist, weil sie Wertungen des im Streitfall zur Entscheidung berufenen Gerichts erfordert, die regelmäßig nicht exakt prognostiziert werden können**. Unrichtig ist indes, dass sich der Kläger mit diesem allgemeinen Hinweis an den Beklagten begnügen durfte. Aufgabe des Rechtsanwalts ist es zunächst, unter Berücksichtigung der in der höchstrichterlichen Rechtsprechung und in der Literatur zum Ausgleichsanspruch vertretenen herrschenden Auffassung durch Befragung des Mandanten die Kriterien möglichst vollständig zu ermitteln, die für und gegen den

Ausgleich sprechen können, und sie zu gewichten. **Auf dieser Grundlage muss der Rechtsanwalt den Mandanten sodann über das konkrete Prozessrisiko aufklären.** Nur auf dieser Basis kann der Mandant eine eigenverantwortliche Entscheidung treffen, ob er noch bestehen- de Risiken in Kauf nehmen oder sie vermeiden will. Eine solche Beratung hat der Kläger schon nach eigenem Vorbringen nicht geleistet.

Hätte er pflichtgemäß **die für und gegen den Ausgleich sprechenden Tatsachen vollständig und vor Prozesseinleitung ermittelt**, hätte er dem Beklagten mitteilen müssen, dass ein ganz erhebliches Risiko bestand, gegen die Ehefrau einen Ausgleichsanspruch dem Grunde nach durchzusetzen, geschweige denn in Höhe der vom Beklagten angeblich getätigten Investitionen. Es handelt sich gerade nicht um einen Bereicherungsanspruch i.S.d. § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB, wie ihn der Kläger behandelt hat, bei dem es um die bloße Rückabwicklung einer Vermögensverschiebung geht. Der Bereicherungsanspruch entspricht der Höhe nach exakt der Höhe der rechtsgrundlos gewordenen Vermögensverschiebung. Ein solcher Anspruch wird den Verhältnissen unter Ehegatten nach gescheiterter Ehe aber nicht gerecht (*BGH, a.a.O.*).

Es könnte (mit Blick auf die Ehedauer) gerade nicht berücksichtigt werden, dass die ehebedingte Zuwendung wenigstens zum Teil, nämlich für die Dauer der intakten Ehe, ihren angestrebten Zweck, die Ehe zu verwirklichen, erreicht hat und dass die sonstigen beiderseitigen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse gegen einen Ausgleich nach Grund oder in Höhe der Vermögensverschiebung sprechen können.

**Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Beklagten und der Ehefrau sprachen hier mit ganz überwiegender Wahrscheinlichkeit gegen einen Ausgleichsanspruch des Beklagten.**

aa) Hinsichtlich des Darlehens (130.000 DM) fehlte es bereits an einer **ausgleichsfähigen Zuwendung des Beklagten an die Ehefrau.**

(1) Die Darlehensvaluta stammte nicht aus dem Vermögen des Beklagten. Während der Ehe wurde das Darlehen nämlich nur verzinst, nicht aber getilgt. Die Darlehenszinsen (rund 600 DM monatlich), die der Beklagte nur während der Ehe bis zur Trennung der Eheleute im Oktober 1998 gezahlt hatte, waren ein Teil der Gegen-

leistung für die Nutzung des Hauses auch durch den Beklagten; sie vermehrten nicht das Vermögen der Ehefrau. Soweit der Beklagte gegenüber dem Kreditinstitut (neben der Ehefrau) die Mithaftung für die Rückführung des Darlehens übernommen hatte und das Risiko bestand, dass die Bank künftig im Falle der Nichtrückzahlung des Darlehens die ihr abgetretene Sicherheit (Lebensversicherung des Beklagten) verwerten würde, bestand mangels Fälligkeit des Darlehensrückzahlungsanspruchs, die erst im März 2001 eintrat, gemäß § 426 Abs. 2 BGB weder ein Zahlungsanspruch noch ein Freistellungsanspruch (*vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 62. Aufl., § 426 Rdnr. 3f m.w.N.*). Diese nachteilige Rechtslage hat der Kläger offenbar nicht erkannt; denn er behauptet selbst nicht, den Beklagten darüber aufgeklärt zu haben.

**(2) An diesem Ergebnis vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass die Ehefrau (zunächst) ihre Bereitschaft erklärt hatte, an den Beklagten vergleichsweise 100.000 DM zu zahlen, und dass der Kläger dem Beklagten empfohlen hatte, diesen Vergleich anzunehmen.** Mit diesem Angebot wollte die Ehefrau ganz ersichtlich nicht ehebedingte Zuwendungen des Beklagten ausgleichen. Vielmehr ging es ihr darum, den künftigen Ausgleichsanspruch des Beklagten aus § 426 Abs. 2 BGB vor Eintritt der Fälligkeit am 1.3.2001 zu befriedigen. Darüber ist der Beklagte aus den schon genannten Gründen nicht hinreichend vom Kläger aufgeklärt worden, **so dass er seine schwache Verhandlungsposition nicht erkennen konnte.**

Nicht entscheidend ist, wie das Landgericht meint, dass die ebenfalls anwaltlich vertretene Ehefrau die Rechtslage im Wesentlichen bereits in den vorgerichtlichen Schriftsätzen richtig darstellte. **Der Beklagte als Rechtslaie darf und muss sich nur auf das verlassen, was sein eigener anwaltlicher Berater für rechtlich zutreffend hält.** Dieser muss die Rechtsauffassung der Gegenseite prüfen und dem Mandanten mitteilen, was davon zu halten ist. Dass der Kläger dem Beklagten gesagt hätte, die Rechtsauffassung der Gegenseite sei richtig, also bestehe gegenwärtig kein begründbarer Ausgleichsanspruch, behauptet der Kläger selbst nicht. Der Hinweis auf ein allgemeines Risiko ist unzureichend, weil der Beklagte hier auf ein spezifisches und quantifizierbares Risiko hinzuweisen war.

bb) Bei den drei vom Beklagten geltend gemachten **Investitionen** in das Haus in Höhe von

(67.071,53 DM abzgl. 40.000 DM) 27.071,53 DM (Garagenausbau), 40.000 DM (Ausbau Terrasse/Wohnzimmer) und 15.000 DM (Ersetzung der Nachtstromspeicherheizung durch eine Gasheizung) handelt es sich allerdings um grundsätzlich **ausgleichsfähige Zuwendungen** des Beklagten.

Der rechtlichen Ausgleichsfähigkeit des Teilbetrages von 40.000 DM stand nicht entgegen, dass Terrasse und Wohnzimmer schon vor der Eheschließung, die im August 1995 erfolgte, nämlich bereits im Jahre 1984 ausgebaut wurden. Auch Lebensgefährten und Verlobte können sich unbenannte und bei Scheitern der Beziehung ausgleichspflichtige Zuwendungen leisten, wenn sie wegen des Bestands und zur Ausgestaltung der Lebensgemeinschaft gemacht werden (vgl. BGH, MDR 1983, 30 u. 1992, 264). Bei nachfolgender Eheschließung und Führung der Ehe im Güterstand der Gütertrennung kann auch die voreheliche Zuwendung Teil des einheitlichen Ausgleichsanspruchs sein (vgl. BGH, MDR 1992, 264).

cc) **Der Ausgleichsanspruch scheiterte indes an den besonderen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen**, die, wie das Landgericht im Vorprozess im Ergebnis richtig entschieden hat, sämtlich zugunsten der Ehefrau und damit gegen einen Ausgleich sprachen. Die Investitionen der Jahre 1984 (Terrasse/Wohnzimmer), 1989 (Garagenausbau) und 1994 (Heizung) hatte der Beklagte bis zur Trennung von der Ehefrau (Oktober 1996) in den ersten beiden Fällen langjährig mitgenutzt. Die Nutzungsdauer der Investition für die Heizung war zwar nicht sehr lang. Zu berücksichtigen ist aber, dass das Haus bereits über eine zentral wirkende Heizungsanlage verfügt hatte, so dass es sich nicht um eine Erstinvestition, sondern um eine Austauschinvestition handelte. Dementsprechend geringer fällt der Wertzuwachs für die Immobilie aus.

Insbesondere aber die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Ehegatten in Vergangenheit, Gegenwart und absehbarer Zukunft sprachen gegen den Ausgleich. Bis zum Jahre 1993 hatte der Beklagte monatliche Bruttoeinkünfte von 15.000 DM, danach aus einer Berufsunfähigkeitsversicherung und aus einem Angestelltenverhältnis bei der Stadt K. monatliche Nettoeinkünfte von rund 5.000 DM. Diese Einkünfte waren auch in der Zukunft gesichert, weil die Berufsunfähigkeit nur die Tätigkeit des Beklagten als Metzger betraf. Der bei Trennung 41-jährige Beklagte war voll erwerbsfähig.

Die bei Trennung schon 51-jährige Ehefrau war dagegen erwerbsunfähig, so dass nicht damit gerechnet werden konnte, dass sie zukünftig Lasten für einen zu tilgenden Ausgleichsanspruch aus ihren laufenden Einkünften werde tragen können. Sie erzielte eine EU-Rente von nur rund 1.180 DM und war geringfügig beschäftigt mit monatlichen Einkünften von 500 DM.

Nachehelichen Unterhaltsansprüchen war der Beklagte nicht ausgesetzt. **Wegen seiner hohen monatlichen Einkünfte in Vergangenheit und Gegenwart hatte der Beklagte auch Gelegenheit, Vermögen zu bilden**, insbesondere in Gestalt von Lebensversicherungen. Der von ihm geweckte Eindruck, sein gesamtes Einkommen sei entweder zum Lebensunterhalt verbraucht oder in das Vermögen der Ehefrau geflossen, ist falsch. **Bereits bei Eheschließung** hatte er zu seinen Gunsten **acht Lebensversicherungen** abgeschlossen, während der Ehe hatte er zwei weitere abgeschlossen, ohne dass deren Wert genau ermittelt worden ist.

Die Werthaltigkeit dieser Positionen wird aber dadurch belegt, dass der Beklagte nach der Ehescheidung ein Zweifamilienhaus erwarb und (unter Abtretung diverser Lebensversicherungen) voll finanzierte. Eine der während der Ehe abgeschlossenen Lebensversicherungen über 130.000 DM wurde Anfang des Jahres 2000, nur knapp vier Jahre nach Trennung, fällig. Trotz der Abtretung dieser Lebensversicherung an die Bank, welche das ehgemeinschaftliche Darlehen über 130.000 DM sicherte, ist sie werthaltig, weil der Beklagte gegen die Ehefrau einen künftigen (werthaltigen) Ausgleichsanspruch aus § 426 Abs. 2 BGB hatte. Außerdem besaß er bei Trennung ein wertvolles Kraftfahrzeug.

Die Ehefrau hatte außer dem Einfamilienhaus, welches ihr von ihren Eltern 1984 in vorweggenommener Erbfolge übertragen worden war und in welches die Zuwendungen des Beklagten geflossen waren, kein Vermögen. Nach der Trennung war sie mit den Zinszahlungen für das Darlehen belastet sowie künftighin dem Ausgleichsanspruch des Beklagten (130.000 DM) ausgesetzt. Schon diese Verbindlichkeiten konnte sie aus liquidem sonstigen Vermögen nicht tilgen. Wenn der Beklagte in Kenntnis dieser Umstände, insbesondere in Kenntnis der Tatsache, dass eine Rückzahlung von (selbst genutzten) Investitionen nur unter Verwertung des von der Ehefrau in vorweggenommener Erbfolge erworbenen Hauses möglich sein werde,

gleichwohl den Zugewinn ausschloss, erscheint es für ihn nicht unzumutbar, die an die Ehefrau geflossenen Zuwendungen mit ihrem (geringen) Zeitwert bei ihr zu belassen.

## II.

Dem Beklagten ist aus der Falschberatung auch ein Schaden entstanden. Hätte der Kläger die geringen Erfolgsaussichten einer auf Geldausgleich gerichteten Klage zutreffend dargestellt, hätte der Beklagte davon abgesehen, einen solchen Anspruch gegen die Ehefrau gerichtlich durchzusetzen. Ihm wären sodann keine weiteren Kosten entstanden.

1. Für diesen Kausalverlauf spricht die **zugunsten des Mandanten bestehende Vermutung, dass er einem richtigen Rat seines Rechtsberaters folgt** (*Vermutung beratungskonformen Verhaltens: BGH, NJW-RR 2003, 194; NJW 2000, 1944*). Anhaltspunkte dafür, dass der Beklagte dem pflichtgemäßen Rat des Klägers nicht gefolgt wäre, liegen nicht vor. Ohne Erfolg beruft sich der Kläger darauf, dass der Beklagte den Vergleichsvorschlag der Ehefrau abgelehnt hatte. Das beruht auf der unrichtigen Beratung des Klägers. Indiziert wird ein beratungskonformes Verhalten im Übrigen dadurch, dass der Beklagte nach (negativ) ausgegangener Prüfung der Erfolgsaussicht eines Rechtsmittels im Vorprozess dem Rat der Berufungsanwälte entsprechend keine Berufung durchgeführt hat.

2. Die Schadenhöhe beträgt 17.123,16 DM. Die dem Kläger berechtigt noch zustehende Honorarforderung beträgt demgemäß (18.882,22 DM abzgl. 17.123,16 DM) 1.759,06 DM (899,39 EUR).

a) Allerdings ist der Kläger nicht verpflichtet, den Beklagten von dem Teil der Honorarforderung freizustellen, welche für die hier umstrittene Falschberatung verlangt wird (6.610,26 DM). Das scheitert daran, dass der Beklagte am 22.11.2000 u.a. die hier umstrittene **Honorarforderung anerkannt hat, obwohl er inzwischen das Mandat zum Kläger gekündigt hatte** und hatte prüfen lassen, ob der Kläger fehlerhaft beraten hatte. Gerade deshalb entstand eine Ungewissheit über die Berechtigung des Honorarteils, die mit dem Schuldanerkenntnis beseitigt werden sollte (*vgl. dazu BGH, NJW 2003, 2386*). Das hindert den Beklagten daran, **im Honorarprozess eine außergerichtlich anerkannte Forderung mit Einwendungen zu bekämpfen, mit welchen er im Zeitpunkt des Anerkenntnisses bereits rechnen konnte**.

b) Das Schuldanerkenntnis hindert den Beklagten aber nicht, dem Honoraranspruch des Klägers konkrete Schäden entgegenzusetzen, die aus der Falschberatung entstanden sind.

aa) Von der Honorarforderung abzusetzen sind zunächst die vom Beklagten **unnütz aufgewendeten Gerichtskosten** im Vorprozess in Höhe von 5.265 DM (I. Rechtszug) und 877,50 DM (II. Rechtszug). Hätte der Kläger richtig beraten, hätte er von einer Prozessführung abgeraten, so dass Gerichtskosten gar nicht entstanden wären. Infolge der vom Beklagten erklärten Aufrechnung (§§ 387, 389 BGB) ist der Anspruch des Klägers in diesem Umfang erloschen.

bb) Auch in Höhe eines weiteren Teilbetrages von 6.461,20 DM ist das Honorar des Klägers durch **Aufrechnung** erloschen. Es handelt sich um den Betrag, der zugunsten der Ehefrau im Vorprozess festgesetzt worden und der gegen den Beklagten vollstreckt worden ist.

cc) Auch mit den **Vollstreckungskosten** in Höhe von (172,14 DM zzgl. 84,10 DM zzgl. 47,20 DM) 303,44 DM kann der Beklagte gegen das Honorar **aufrechnen**. Die Vollstreckung ist adäquate Folge der unnötigen Prozessführung durch den Kläger. Da der Beklagte wegen hoher aufgelaufener Zinskosten aus Anlass des Erwerbs des Zweifamilienhauses nicht liquide war (die Ehefrau hatte große Teile der Einkünfte wegen aufgelaufenen Trennungsunterhalts pfänden und sich überweisen lassen) und er deshalb die Prozesskosten nur mit größter Mühe hätte zahlen können, hätte es dem Kläger obliegen, den Beklagten (rechtzeitig) von den festgesetzten Kosten freizustellen. In diesem Fall wäre es nicht zur Vollstreckung aus dem Titel und nicht zur Entstehung zusätzlicher Vollstreckungskosten gekommen.

dd) Schließlich ist der Honoraranspruch durch **Aufrechnung** in Höhe von 4.216,02 DM erloschen. Es handelt sich um den Betrag, welchen der Beklagte zur **Prüfung der Erfolgsaussicht der Berufung** im Vorprozess aufzuwenden hatte. Der Kläger haftet auch für diese Kosten. Sie sind adäquate Folge seiner Falschberatung. Hätte der Kläger richtig beraten, wäre es zu dem in Rede stehenden Vorprozess aus den schon genannten Gründen, nämlich mangels hinreichender Erfolgsaussicht, nicht gekommen. Der Beklagte hätte dann auch keine Veranlassung gehabt, die Erfolgsaussichten der Berufung prüfen zu lassen, zu deren Einlegung der Kläger sogar noch eine Empfehlung ausgesprochen hatte. (...)

## Steuerberaterhaftung

- Verjährung, § 68 StBerG
  - Verjährungsbeginn
  - Anerkenntnis des Versicherers
  - Hemmung der Verjährung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.12.2003 - 23 U 179/02)

### Leitsätze:

1. Leistet der Versicherer des Steuerberaters auf Anforderung des Mandanten wiederholt vorbehaltlos Ersatz auf einzelne Schadenpositionen, unterbricht das in den Zahlungen liegende tatsächliche Anerkenntnis jeweils die Verjährung des dem Mandanten insgesamt zustehenden Schadenersatzanspruchs. Etwas anderes gilt dann, wenn der Versicherer deutlich macht, dass das Anerkenntnis auf einen bestimmten, abgrenzbaren Teil des Schadens beschränkt wird (vgl. auch BGH, NJW-RR 1986, 324, 325).

2. Ein Anerkenntnis i.S.d. § 208 BGB a.F. liegt vor, wenn sich aus der Erklärung des Versicherers des Steuerberaters klar und unzweideutig ergibt, dass er sich der Ersatzpflicht bewusst ist und deswegen das Vertrauen des Mandanten gerechtfertigt ist, der Versicherer und der Steuerberater, der sich die Erklärung der Versicherung zurechnen lassen muss, werde sich nach Ablauf der Verjährungsfrist nicht alsbald auf Verjährung berufen.

3. Verhandlungen zwischen dem Versicherer und dem Mandanten über die geltend gemachten Schadenersatzansprüche führen nach §§ 194 ff BGB a.F. anders als nach § 203 BGB n.F. nicht zu einer Hemmung der Verjährung. Die Regelungen der §§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB a.F. sind auf die Verjährung nach § 68 StBerG nicht übertragbar.

4. Die Zusage des Haftpflichtversicherers, die Berechtigung eines Anspruchs zu prüfen, und Verhandlungen zwischen ihm und dem Geschädigten genügen allein nicht für die Annahme eines Stillhalteabkommens i.S.d. § 202 BGB a.F.

5. Die Erhebung der Verjährungseinrede verstößt dann gegen Treu und Glauben, wenn der Mandant des Steuerberaters aufgrund konkreter Äußerungen des Steuerberaters oder des Versicherers darauf vertrauen durfte, seine Ansprüche würden befriedigt oder jedenfalls nur mit sachlichen Einwendungen bekämpft, und er allein deshalb von der rechtzeitigen gerichtlichen Geltendmachung der Ansprüche abgesehen hat.

### Aus den Gründen:

#### A.

Der Kläger nimmt den beklagten Steuerberater auf Ersatz von Vorsteuerbeträgen in Anspruch, deren Rückzahlung das Finanzamt zu seinen Lasten gemäß §§ 1 Abs. 1a, 15a UStG festgesetzt hat. Er hat seinen Schaden für die Steuerjahre 1995 bis 2000 mit 200.191,47 DM beziffert. Für die folgenden Steuerjahre beantragt er die Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten.

Die Schadenersatzpflicht des Beklagten begründet er mit Fehlern, die der Beklagte im Zusammenhang mit seiner, des Klägers, Beratung anlässlich des Erwerbs eines mit einer Tennis- und Freizeitanlage bebauten Grundstücks begangen haben soll. Auf Empfehlung des Beklagten war der Kaufpreis im notariellen Kaufvertrag vom 30.12.1994 mit Mehrwertsteuer vereinbart worden. Weil das für den Kläger zuständige Finanzamt sich weigerte, den Vorsteuerabzug des Klägers uneingeschränkt anzuerkennen, vereinbarte der Kläger mit dem Verkäufer in dem notariellen Vertrag vom 29.8.1996, dass Mehrwertsteuer auf den Kaufpreis nicht zu zahlen sei.

Der Beklagte war in den Verhandlungen zu dieser Änderung des Kaufvertrages beteiligt. Aufgrund des nunmehr umsatzsteuerfreien Verkaufs der Tennis- und Freizeitanlage verlangte das Finanzamt von dem Kläger als erwerbenden Unternehmer gemäß §§ 1 Abs. 1a, 15a UStG Vorsteuerberichtigung, da der Voreigentümer bei der Errichtung der Anlage im Jahre 1990 Vorsteuerabzüge in Anspruch genommen und bis Februar 1998 umsatzsteuerpflichtige Umsätze aus der Vermietung des Objekts getätigt hatte. Die Bemessungsgrundlage für die Vorsteuerberichtigung teilte es dem Beklagten mit Schreiben vom 18.12.1996 mit. Dieser benachrichtigte den Anwalt des Klägers hierüber mit Schreiben vom 20.12.1996.

Die Haftpflichtversicherung des Beklagten regulierte in der Zeit von 1996 bis 2001 einige Schadenpositionen des anwaltlich vertretenen Klägers, die darauf beruhten, dass er von dem Verkäufer und dem Pächter in Anspruch genommen wurde. Mit Schreiben vom 27.8.1998 wies die Versicherung den Kläger darauf hin, dass die Voraussetzungen für eine Erstattung der Vorsteuerberichtigungsbeträge im Wege des Schadenersatzes nicht gegeben seien. Die Versicherung bestätigte die ablehnende Haltung

mit Schreiben vom 28.1.2000 und berief sich zudem auf den Eintritt der Verjährung. Der Kläger hat am 30.4.2001 die Klageschrift eingereicht. (...)

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen mit der Begründung, der Kläger habe nicht schlüssig dargelegt, dass er in berechtigter Weise und in der geltend gemachten Höhe mit der Berichtigung von Vorsteuerabzügen des Voreigentümers belastet worden sei.

Mit der Berufung beanstandet der Kläger, dass das Landgericht die Voraussetzungen für seine Inanspruchnahme auf Vorsteuerberichtigung rechtsfehlerhaft verneint habe. Unter Bezugnahme auf sein erstinstanzliches Vorbringen trägt er weiter vor:

Der Beklagte habe seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag verletzt, weil er ihn vor Abschluss des Kaufvertrages nicht darauf hingewiesen habe, dass er nach der damals herrschenden Auffassung der Finanzgerichte und der Finanzverwaltung nur für einen Teil des Kaufpreises den Vorsteuerabzug geltend machen könne. Eine weitere Pflichtverletzung des Beklagten sei darin zu sehen, dass er es unterlassen habe, ihn, den Kläger, darauf hinzuweisen, dass er bei einem grundsätzlich zulässigen umsatzsteuerfreien Kauf damit rechnen müsse, seitens des Finanzamts auf Erstattung der von dem Voreigentümer in Anspruch genommenen Vorsteuerabzüge in Anspruch genommen zu werden.

Hätte der Beklagte vor Abschluss des Notarvertrages bei dem Finanzamt die von diesem später anerkannte Quote des Vorsteuerabzuges ermittelt, wäre er, der Kläger, mit einer entsprechenden quotalen Ausweisung der Mehrwertsteuer des Kaufpreises einverstanden gewesen. Sein nach der Vertragsänderung verbleibender Schaden bestehe in der Belastung mit den Vorsteuerberichtigungsbeträgen, die für 5 Jahre jährlich 1/10 der vom Voreigentümer in Anspruch genommenen Vorsteuerabzugsbeträge ausmachten.

Der Senat hat durch Versäumnisurteil vom 23.9.2003 die Berufung zurückgewiesen.

(Anträge ...)

Der Beklagte nimmt Bezug auf sein erstinstanzliches Vorbringen einschließlich der Verjährungseinrede und macht ergänzende Ausführungen.

B.

Das Versäumnisurteil des Senats vom 23.9.2003 ist aufrechtzuerhalten, da die zulässige Berufung des Klägers unbegründet ist. Es kann dahinstehen, ob Pflichtverletzungen des Beklagten ursächlich für den geltend gemachten Schaden sind, denn ein Schadenersatzanspruch auf Erstattung der Vorsteuerberichtigungsbeträge, die der Kläger an das Finanzamt zu zahlen hat, ist jedenfalls verjährt.

I.

Auf das Schuldverhältnis der Parteien sind gemäß Art. 229 § 5 EGBGB die bis zum 31.12.2001 geltenden Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches anzuwenden.

II.

1. Die Klageforderung ist verjährt. Nach § 68 StBerG verjähren die Schadenersatzansprüche des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Steuerberater bestehenden Vertragsverhältnis in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Entstanden ist der Anspruch, wenn dem Auftraggeber infolge der schuldhaften Pflichtverletzung ein Schaden entstanden ist. **Dies ist bei einer fehlerhaften Beratung in einer Steuerangelegenheit vor einer Entscheidung der Finanzbehörde mit der Bekanntgabe des belastenden Bescheides nach §§ 122, 155 AO der Fall** (BGH, NJW 2000, 2678; 1995, 2108; Senat, 23 U 240/01 = OLGR 2003, 94 = GI 2003, 140 u. 23 U 205/01 = OLGR 2003, 82 = GI 2003, 208; jeweils m.w.N.). Die Verjährung beginnt für alle adäquat verursachten, zurechen- und vorhersehbaren Nachteile aus einer bestimmten Schadenursache bereits **mit dem Eintritt des 1. Teilschadens** – also der **Bekanntgabe des 1. Steuerbescheides** – (BGH, NJW 2002, 1414, 1415; Senat, 23 U 22/01 = OLGR 2003, 52 = GI 2002, 197).

Vorliegend kommen für den Beginn der Verjährung zwei Zeitpunkte in Betracht: einmal die im Jahre 1995 erfolgte Bekanntgabe der Ablehnung des beantragten uneingeschränkten Vorsteuerabzuges im Hinblick auf die im ursprünglichen Vertrag vorgesehene Mehrwertsteuer, zum anderen die Bekanntgabe der erstmaligen Belastung des Klägers mit Berichtigungen des Vorsteuerabzuges des Voreigentümers, die jedenfalls vor dem 30.4.1998 durch den Bescheid des Finanzamts vom 18.12.1996 und dem erläuternden und berechnenden Schreiben des Beklagten vom



20.12.1996 erfolgt ist. Welcher der beiden Zeitpunkte maßgeblich ist, kann letztlich offen bleiben, denn im Zeitpunkt der Klageerhebung am 30.4.2001 war in jedem Fall die dreijährige Frist des § 68 StBerG abgelaufen.

2. Die Verjährung des gesamten Schadenersatzanspruchs war allerdings zunächst **durch die Zahlungen der Haftpflichtversicherung des Beklagten auf einzelne Schadenpositionen gemäß § 208 BGB unterbrochen** worden mit der Folge, dass **gemäß § 217 BGB jeweils eine neue Verjährung** begann. Die letzte Zahlung der Haftpflichtversicherung, der der Charakter eines Anerkenntnisses beigemessen werden kann, erfolgte am 10.2.1998. Mithin war die ab diesem Termin neu laufende Verjährungsfrist von drei Jahren bei Klageerhebung am 30.4.2001 bereits abgelaufen.

a) **Da der gesamte einer Vertragsverletzung oder unerlaubten Handlung entspringende Schaden eine Einheit darstellt, liegt ein Anspruch insgesamt umfassendes Anerkenntnis regelmäßig auch vor, wenn sich der Schaden aus mehreren Schadenarten zusammensetzt, der Geschädigte nur einzelne Schadensteile geltend macht und der Schädiger hierauf zahlt** (BGH, NJW-RR 1986, 324).

Der Schaden des Klägers bestand – unter Zugrundelegung seines Vortrages – zum einen aus seiner Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Finanzamt nach § 15a UStG, zum anderen aus seiner Verpflichtung gegenüber dem Verkäufer, dessen Vermögensnachteile auszugleichen. Die Haftpflichtversicherung des Beklagten zahlte am 5.9.1996, 16.12.1996, 19.2.1997, 26.8.1997, 20.10.1997, 10.8.1997 und 10.2.1998 jeweils auf den Schaden, der dem Kläger durch die Inanspruchnahme des Verkäufers des Grundstücks entstanden war, ohne die Zahlungen ausdrücklich auf diesen Teil des Schadens zu beschränken. Der Kläger konnte daher davon ausgehen, der Beklagte werde auch den weiteren Teilschaden, nämlich die von ihm an das Finanzamt zu leistenden Zahlungen, erstatten.

Die weiteren Zahlungen der Haftpflichtversicherung vom 2.2.2000, 14.4.2000 und 10.1.2001, die sämtlich ebenfalls auf Schäden des Klägers durch die Inanspruchnahme des Verkäufers und des Pächters entfielen, sind hingegen nicht als verjährungsunterbrechende Anerkenntnisse zu werten. Denn mit Schreiben vom 28.1.2000 hatte die Versicherung zuvor deutlich gemacht,

**dass Schadenersatzansprüche wegen der Vorsteuerberichtigung als unbegründet und zudem verjährt zurückgewiesen werden.**

In dem Schreiben an den von dem Kläger beauftragten Rechtsanwalt heißt es:

„Weiter gehende begründete Regressansprüche Ihres Mandanten gegen unseren Versicherungsnehmer sind u.E. nicht gegeben. Insbesondere sind die behaupteten Schäden aus der Vorsteuerberichtigung gem. § 15a UStG – wie in der Vergangenheit bereits mehrfach ausgeführt – rechtlich unbegründet und daher zurückzuweisen. Unabhängig von der rechtlichen Unbegründetheit der behaupteten weiter gehenden Regressansprüche wären diese zwischenzeitlich auch verjährt. Hinsichtlich der behaupteten weiter gehenden Regressansprüche erheben wir daher ausdrücklich – auch im Namen unseres Versicherungsnehmers – die Einrede der Verjährung.“

Für den Kläger war damit deutlich, dass die in diesem Schreiben angekündigten und die weiteren Zahlungen auf einen abgrenzbaren Teil des Schadens, nämlich die Inanspruchnahme durch den Verkäufer und Pächter, beschränkt waren. **Das für die Anerkenntniswirkung maßgebende Vertrauen, der Schädiger werde in allen Schadengruppen Ersatz leisten, konnte durch die eindeutig zum Ausdruck gebrachte Beschränkung der Zahlungen nicht mehr geweckt werden** (vgl. zur eingeschränkten Anerkenntniswirkung der Zahlung aufgrund eindeutiger Erklärung des Schädigers bzw. seines Haftpflichtversicherers BGH, NJW-RR 1986, 324, 325).

b) Der Kläger beruft sich ohne Erfolg darauf, die Haftpflichtversicherung des Beklagten habe mit dem Schreiben vom 27.8.1998 ihre Ersatzpflicht mit verjährungsunterbrechender Wirkung anerkannt.

**Anerkenntnis i.S.d. § 208 BGB** ist jedes tatsächliche Verhalten des Schuldners dem Gläubiger gegenüber, **aus dem sich klar und unzweideutig ergibt, dass dem Schuldner das Bestehen der Schuld bewusst ist und deswegen das Vertrauen des Gläubigers rechtfertigt, der Schuldner werde sich nach Ablauf der Verjährungsfrist nicht alsbald auf Verjährung berufen** (BGH, NJW 1999, 1101, 1103; 1997, 516, 517). Ein solcher Erklärungsinhalt kann dem Schreiben der Versicherung auch aus der Sicht des Klägers als Empfänger der Erklärung nicht beigemessen werden.

aa) Die Haftpflichtversicherung erklärte sich in dem Schreiben vom 27.8.1998 bereit, **Rechtsanwaltskosten des Klägers aus dem Prozess mit dem Verkäufer gegen den Anspruch der Versicherung auf Rückzahlung von Gerichtskosten zu verrechnen**. Es handelt sich hierbei nicht um eine neue Zahlungs- bzw. Verrechnungszusage, sondern um die Erfüllung der Zusage vom 24.7.1996. Damals hatte sich die Haftpflichtversicherung gegenüber dem Kläger bereit erklärt, die Kosten des von dem Verkäufer betriebenen Verfahrens vor dem Landgericht B. einschließlich der notwendigen Rechtsverfolgungskosten zu tragen. Die Verrechnungszusage im Schreiben vom 27.8.1998 ist die Erfüllung einer Verpflichtung und kein eigenständiges Anerkenntnis einer Schadenersatzpflicht.

Hinzu kommt, dass die Haftpflichtversicherung in diesem Schreiben die Pflichtverletzung des Beklagten einräumt, zugleich aber bestreitet, dass diese kausal zu einem eigenen Schadens des Klägers geführt haben könnte. Es liegt daher gerade **kein Anerkenntnis dem Grunde nach** vor, weil nicht allein die Höhe des Schadens streitig bleibt, sondern das Fehlen einzelner Tatbestandsvoraussetzungen gerügt wird. Die Versicherung differenziert zwischen dem Schaden, der darin besteht, dass Vermögensnachteile durch die Inanspruchnahme des Verkäufers auszugleichen sind, und eigenen Steuer-schäden des Klägers aufgrund der Vorsteuerberichtigung. Für Letztere stellt sie den Schaden und die Kausalität in Abrede. **Die Verrechnungszusage kann auch unter diesem Gesichtspunkt nicht als Anerkenntnis für die streitgegenständlichen Ansprüche des Klägers gewertet werden.**

bb) Der weitere Inhalt des Schreibens vom 27.8.1998 zu einem vor dem Landgericht D. geführten Rechtsstreit und die Zurückweisung von Ansprüchen des Mieters enthält auch nach dem Verständnis des Klägers keine Erklärung, die als Anerkenntnis interpretiert werden könnte.

3. Der Lauf der Verjährungsfrist ist durch die zwischen dem Kläger und dem Versicherer des Beklagten geführten Verhandlungen nicht gehemmt worden.

Die gemäß Art. 229 § 6 Abs. 1 EGBGB auf die Verjährung der Ansprüche des Klägers anzuwendenden Vorschriften der §§ 194 ff BGB a.F. beinhalten anders als § 203 BGB n.F. eine Hemmung der Verjährung für die Zeit, während der Verhandlungen über die geltend gemachten Ansprüche geführt werden, nicht. Die Regelungen der

§§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB a.F. greifen nicht ein, weil diese Bestimmungen nur für den jeweiligen speziellen Regelungsbereich gelten und nicht Ausdruck eines Rechtsgedankens sind, der im Recht der Verjährung allgemein Geltung beanspruchen kann (BGHZ 123, 394, 396; BGH, NJW 1999, 1101, 1102). **Die Verjährung vertraglicher Ersatzansprüche nach § 68 StBerG wird deshalb nicht in entsprechender Anwendung von § 852 Abs. 2 BGB durch Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und dem Berater oder seiner Haftpflichtversicherung gehemmt;** auch § 639 Abs. 2 BGB a.F. ist auf die Verjährung nach § 68 StBerG nicht übertragbar (BGH, NJW 1982, 1532, 1533; 1990, 326, 327; 1996, 1895, 1897; 2000, 2661, 2663; Senat, 23 U 183/01 = OLGR 2002, 332 = GI 2002, 241).

Die Voraussetzungen des § 202 Abs. 1 BGB sind ebenfalls nicht gegeben. Ein **Stillhalteabkommen** im Sinne dieser Vorschrift ist nur anzunehmen, wenn der Schuldner aufgrund einer rechtsgeschäftlichen Vereinbarung berechtigt sein soll, vorübergehend die Leistung zu verweigern, und der Gläubiger sich umgekehrt der Möglichkeit begeben hat, seine Ansprüche jederzeit weiterzuverfolgen; Ziel einer solchen Abrede ist es, eine gerichtliche Auseinandersetzung über eine streitige Forderung einstweilen zu verhindern (BGH, NJW 2000, 2661, 2662; 2001, 218, 220; 2002, 1488, 1489).

**Äußerungen des Schädigers oder seines Haftpflichtversicherers, mit denen eine Prüfung der Ansprüche zugesagt wird, genügen hierzu nicht** (BGH, NJW 1996, 2929, 2931); Gleiches gilt, wenn die Parteien verhandelt haben. Verhandlungen können nach altem Schuldrecht nur unter den Voraussetzungen der §§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB zu einer Hemmung der Verjährung führen; im Übrigen haben Verhandlungen keinen Einfluss auf den Lauf von Verjährungsfristen (BGHZ 123, 394, 396 f; BGH, NJW 1999, 1101, 1102; 2002, 1532).

4. Die Erhebung der Verjährungseinrede stellt auch **keinen Verstoß gegen den Grundsatz von Treu und Glauben (§ 242 BGB)** dar. Konkrete Umstände, aus denen sich in der Zeit der Verjährungsfrist der Vorwurf einer unzulässigen Rechtsausübung ableiten ließe, hat der Kläger nicht dargetan. Der Einwand der **unzulässigen Rechtsausübung** gegenüber der Verjährungseinrede kann nur bei einem groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen (BGH, NJW 2001, 3543, 3544; 1998, 1488, 1490; BGHZ 94, 380, 391).

**Weder die Bekanntgabe der Berufshaftpflichtversicherung noch die Weiterleitung einer Schadenmeldung noch Verhandlungen über Grund und Höhe eines Regressanspruchs hindern den Berater an der Erhebung der Verjährungseinrede.** Anderes kommt lediglich dann in Betracht, wenn der Auftraggeber **aufgrund konkreter Äußerungen** seines Verhandlungspartners darauf vertrauen durfte, seine Ansprüche würden befriedigt oder jedenfalls nur mit sachlichen Einwänden bekämpft werden, und wenn er allein deshalb von der rechtzeitigen gerichtlichen Geltendmachung seiner Ansprüche Abstand genommen hat (BGHZ 93, 64, 66; BGH, NJW 1993, 2439, 2441; 1999, 1101, 1103).

**Allein der Umstand, dass der Anspruchsberechtigte glaubt, mit seiner Klage noch zuwarten zu können, genügt für den Einwand unzulässiger Rechtsausübung nicht** (BGH, NJW 1988, 265, 266; 2001, 3543, 3544; Senat, OLGR 2002, 332).

Selbst wenn man die Grundsätze der unzulässigen Rechtsausübung anwenden wollte, hatte die Haftpflichtversicherung spätestens am 28.1.2000 die endgültige Ablehnung der Ansprüche klar gestellt, ohne dass der Kläger in einer angemessenen Frist – die Verjährungsfrist dauerte wegen der Zahlung vom 10.2.1998 jedenfalls noch bis zum 10.2.2001 – Klage erhoben hätte. Nach Wegfall der die unzulässige Rechtsausübung begründenden Umstände muss der Anspruchsberechtigte aber seine Ansprüche unverzüglich gerichtlich geltend machen, sonst verliert er das Recht, sich hierauf zu berufen.

5. **Sekundäre Schadenersatzansprüche** des Klägers scheiden aus, weil der Kläger vor Ablauf der Primärverjährung wegen seiner Regressansprüche gegen den Beklagten anwaltlich vertreten war. (...)

## Anwaltsregress

- Gerichtsstand
- Unerlaubte Handlung
- Handlungsort, Erfolgsort  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 27.11.2003 – I-24 U 176/03)

### Leitsatz:

Zum Gerichtsstand der unerlaubten Handlung bei rechtsanwaltlicher Tätigkeit.

### Aus den Gründen:

#### I.

Die zulässige Berufung der Klägerin hat nur insofern Erfolg, als die Sache auf den Hilfsantrag an das zuständige Gericht verwiesen wird.

Das Landgericht hat die Klage zu Recht wegen Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts abgewiesen. Zur Begründung wird auf den Senatsbeschluss vom 16.10.2003 Bezug genommen, dem die Parteien inhaltlich nicht entgegengetreten sind. Darin hat der Senat u.a. ausgeführt:

Das Landgericht hat die Klage zu Recht wegen örtlicher Unzuständigkeit als unzulässig abgewiesen, nachdem die Beklagte keinen Verweisungsantrag mehr gestellt hatte.

**Der Gegenstand des Erfüllungsortes nach § 29 ZPO** liegt nicht in Duisburg. Entgegen der Auffassung der Klägerin fallen **Bereicherungsansprüche** nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. BGHZ 132, 105 = NJW 1996, 1411 unter I. 2. b)), der der Senat folgt, nicht unter die genannte Zuständigkeitsvorschrift.

Auch die Zuständigkeit gemäß § 32 ZPO hat das Landgericht zu Recht verneint. Zwar hat die Klägerin die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zutreffend in dem Sinne wiedergegeben, dass „**Begehungsort**“ i.S.v. § 32 ZPO bei Begehungsdelikten sowohl der Ort sein kann, an dem der Täter gehandelt hat (**Handlungsort**), als auch der Ort, an dem in das geschützte Rechtsgut eingegriffen wurde (**Erfolgsort**) (vgl. BGHZ 40, 391, 395; 124, 237, 245; 132, 105, 111).

Diese Grundsätze hat auch das Landgericht in dem angefochtenen Urteil zugrunde gelegt, aber mit Recht, einer Entscheidung des OLG München vom 21.1.1992 (NJW-RR 1993, 701) folgend, noch weiter dahin differenziert, dass der Gerichtsstand des Begehungsortes der unerlaubten Handlung auch bei einem Schädigungsdelikt nicht ohne weiteres das Wohnsitzgericht des Verletzten ist, auch wenn dort sein Vermögen gelegen sei.

Dem Sinn und Zweck des besonderen Gerichtsstandes des § 32 ZPO entspricht vielmehr eine Betrachtung unter dem Gesichtspunkt des **Vorzugs der Sachnähe** und damit einhergehenden **leichteren Aufklärung**.

## Honorar des Rechtsanwalts

Zwar ist danach eine deliktische Schädigung auch dort begangen, wo der Verletzungserfolg eingetreten ist, ohne welche der Handlungstatbestand (hier: des § 263 StGB) nicht vollendet wäre. Dagegen ist nicht auch die Eröffnung weiterer Deliktgerichtsstände anderenorts schon deshalb gerechtfertigt, weil sich auch dort weitere Schadenauswirkungen ergeben haben, so insbesondere am Wohnsitz, weil der Geschädigte dort in der Regel sein Vermögen verwaltet (OLG München, a.a.O., 703 m.w.N.).

Im Einklang mit diesen Grundsätzen befindet sich die Entscheidung im angefochtenen Urteil; denn der zugrunde liegende **Anwaltsvertrag** wurde nach dem vorliegenden Schriftwechsel zwischen den Parteien **über das Essener Büro der Klägerin** abgewickelt. Auch als Partei ist die klagende Gesellschaft in den den Rechnungen der beklagten Anwälte zugrunde liegenden Rechtsstreitigkeiten unter ihrer Essener Adresse aufgetreten. Ferner haben die Beklagten **ihre Rechnungen an die Essener Adresse gerichtet**.

Schließlich hat die Klägerin im Schriftsatz vom 29.6.2001 selbst dargelegt, dass sie eine in Restabwicklung befindliche Gesellschaft des T.K.-Konzerns sei, die keine eigenen Mitarbeiter beschäftige. Die mit der Restabwicklung zusammenhängenden Aktivitäten fänden von Fall zu Fall überwiegend im Bezirk des OLG Düsseldorf und des OLG Hamm statt. Einen „tatsächlichen Verwaltungssitz“, von dem aus alle Verwaltungsaktivitäten durch die Klägerin selbst ausgeführt würden, habe sie also nicht.

Bei dieser Sachlage kommt es umso mehr darauf an, wo die Abwicklung seinerzeit tatsächlich stattgefunden hat, und das war nach den obigen Ausführungen in Essen. Demgegenüber kommt der ohne nähere Einzelheiten aufgestellten Behauptung, die Zahlung sei in Duisburg veranlasst worden, keine entscheidende Bedeutung zu. (...)

Die Klägerin hat jedoch in der Berufungsinstanz in zulässiger Weise den Hilfsantrag auf Verweisung an das zuständige Gericht gestellt, das nach dem Inhalt des vorgenannten Senatsbeschlusses das Landgericht Essen ist. Dem gibt der Senat statt, wie er zuvor angekündigt hat. Hierzu muss aber das angefochtene Urteil aufgehoben werden, obwohl es richtig ist (vgl. OLG Köln, OLGZ 89, 86 u. Zöller/Greger, ZPO 24. Aufl., § 281 Rdnr. 9).

II. (...)

- Honorarvereinbarung, § 3 Abs. 1 BRAGO
- Honorarschein
- Gebührenanspruch, § 18 Abs. 2 BRAGO  
(OLG Düsseldorf, Urt. v. 29.7.2003 - I-24 U 70/03)

### Leitsätze:

1. Ein in dem Honorarschein enthaltenes Empfangsbekenntnis des Auftraggebers lässt die gesamte Honorarvereinbarung gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BRAGO unwirksam werden.
2. In diesem Fall sind die gesetzlichen Gebühren nur aufgrund einer § 18 Abs. 2 BRAGO entsprechenden Kostenrechnung fällig.

### Aus den Gründen:

Das zulässige Rechtsmittel ist begründet.

#### I.

Der klagende Rechtsanwalt kann die an ihn abgetretene Forderung aus dem Rechtsanwaltsdienstvertrag zwischen der Zedentin und der Beklagten nicht auf die Honorarvereinbarung vom 9.7.2001 stützen. Dabei lässt der Senat die in Rechtsprechung und Schrifttum umstrittene Frage, **ob die nur durch eine Bürogemeinschaft verbundenen Rechtsanwälte die Abtretung wirksam vereinbaren konnten** oder ob der Abtretungsvertrag wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB, § 203 Abs. 1 Nr. 3 StGB) nichtig ist, offen (vgl. zum Diskussionsstand ausführlich LG Karlsruhe, MDR 2001, 1383).

1. Auf die **Honorarvereinbarung** lässt sich schon deshalb kein Anspruch stützen, weil sie wegen Verstoßes gegen § 3 Abs. 1 Satz 1 BRAGO unwirksam ist. Nach dieser Bestimmung kann der Rechtsanwalt eine höhere als die gesetzliche Vergütung nur dann verlangen, **wenn das Leistungsversprechen des Mandanten schriftlich erfolgt** und wenn es nicht in einer Vollmacht oder in einem Formular abgegeben worden ist, in welchem sich noch andere Erklärungen befinden, die mit dem vereinbarten Honorar nichts zu tun haben. Gegen die letztgenannte Einschränkung verstößt die hier umstrittene Honorarvereinbarung.

a) Der Kläger verlangt ein höheres Honorar als das gesetzliche. Das ergibt sich für die Gebühren gemäß § 31 BRAGO bereits aus Nr. 1b der Honorarvereinbarung. Darin lässt sich die

## Steuerberaterhaftung

Zedentin nämlich den 1,3fachen Satz einer (jeden) vollen Gebühr versprechen.

**b) Da das Honorarversprechen in einem Formular gegeben worden ist, ist es nur dann wirksam, wenn in ihm keine anderen Regelungen enthalten sind.** Hintergrund dieser Bestimmung ist, dass der Mandant durch andere Regelungen nicht von dem Kern des ihm angetragenen Anliegens, an den beauftragten Rechtsanwalt ein höheres als das gesetzliche Honorar zu zahlen, abgelenkt werden soll (vgl. zu der rechtsähnlichen Bestimmung des § 2 Abs. 2 Satz 1 GOÄ BGH, MDR 2000, 629).

Das von der Zedentin verwendete Formular enthält mindestens in Nr. 11 (Empfangsbekanntnis) eine Regelung, welche mit der Honorarhöhe nichts zu tun hat. Entsprechend hat der Senat bereits entschieden (MDR 2000, 420), und zwar unter Bezugnahme auf eine frühere Entscheidung (MDR 1998, 498) über eine ebenfalls vereinbarungsfeindliche vorformulierte Honorarabrede zum Gerichtsstand über alle Ansprüche des Rechtsanwalts aus dem Mandatsverhältnis (nicht nur solche aus der Honorarvereinbarung). Daran hält der Senat fest. Es ist deshalb nicht erforderlich, zu anderen Klauseln in dem Formular und ihrer Vereinbarkeit mit § 3 Abs. 1 Satz 1 BRAGO Stellung zu nehmen.

### II.

Der Kläger kann sein Klagebegehren auch nicht **hilfsweise auf gesetzliche Gebührenansprüche** stützen. Voraussetzung für die **Einforderbarkeit** gesetzlicher Gebühren ist nämlich gemäß § 18 Abs. 1 BRAGO die **Erteilung einer Gebührenrechnung des beauftragten Rechtsanwalts**, welche unter Angabe des Gegenstandswerts und der Gebührentatbestände die einzelnen Gebühren sowie etwa gezahlte Vorschüsse enthalten und welche unterschrieben sein muss (vgl. BGH, NJW 1971, 2227 f Nr. 6).

Die vom Kläger im Senatstermin präsentierten Honorarrechnungen stammen nicht von der Zedentin, sondern von der Zedentin und dem Zessionar gemeinsam, obwohl der Zessionar nicht beauftragt worden ist. Die Rechnung zu den außergerichtlichen Gebühren enthält außerdem zum Gegenstandswert keine Angaben und kann deshalb auf ihre Korrektheit nicht überprüft werden. Der vom Kläger nachgereichte Schriftsatz vom 3.7.2003 gibt dem Senat keine Veranlassung, die mündliche Verhandlung wieder zu eröffnen. (...)

– Unredlicher Mandant  
– Vorsatz des Geschädigten  
(OLG Köln, Urt. v. 29.8.2002 – 8 U 5/02)

#### Leitsätze:

1. Zu den Pflichten eines Steuerberaters, der für die auftraggebende Gesellschaft auftragsgemäß nur die Buchführung, Jahressteuererklärungen, Lohnbuchhaltung und Bilanzen erstellt sowie Umsatzsteuervoranmeldungen und -erklärungen fertigt, gehört grundsätzlich nicht die Prüfung jeder einzelnen Buchung oder der Gesamtheit der Buchungen auf ihre materielle Richtigkeit in jedem Einzelfall. Ihm obliegt auch nicht – nach Art einer Unterschlagungsprüfung – die Prüfung, ob die Auftraggeberin bzw. die für sie Handelnden Geschäftsvorfälle unterdrücken.
2. Ob ausnahmsweise bei der Feststellung von Unstimmigkeiten, Unklarheiten oder Verschleierungen, die im Rahmen der Durchführung der berufsfüblichen Buchführungsarbeit erkennbar sind, eine Aufklärungs- und Mitteilungspflicht besteht, hängt von den konkreten Umständen des Einzelfalles ab.
3. Hat die Auftraggeberin Kenntnis von den Unregelmäßigkeiten, bestehen solche Mitteilungs- und Aufklärungspflichten des Steuerberaters nicht. Die Kenntnis eines Alleingeschäftsführers muss sich die auftraggebende Gesellschaft analog § 166 Abs. 1 BGB, § 125 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 35 Abs. 2 Satz 2 GmbHG bzw. entsprechend § 31 BGB zurechnen lassen, auch wenn der Geschäftsführer selbst die Unregelmäßigkeiten begangen hat.
4. Ist die Kenntnis des unredlich handelnden Geschäftsführers der auftraggebenden Gesellschaft zuzurechnen, kommt zudem der Grundsatz zum Tragen, wonach ein vorsätzlich handelnder Geschädigter im Verhältnis zu einem fahrlässig handelnden Beteiligten seinen Schaden allein zu tragen hat.

#### Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt als Konkursverwalter die Beklagten aus deren Tätigkeit im Zusammenhang mit der Erbringung von Hilfeleistung in Steuer-sachen auf Schadenersatz in Anspruch. Der Kläger ist Konkursverwalter über das Vermögen der Großbäckerei T. GmbH & Co. KG (im Folgenden Gemeinschuldnerin).

Die Beklagten waren im Zeitraum von Februar 1995 bis November 1997 für die Gemeinschuldnerin mit der Erbringung von Hilfeleistungen in Steuersachen beauftragt. Ihnen oblag es, **aus den von der Gemeinschuldnerin vorgelegten Belegen deren Buchhaltung und aus der Buchhaltung die Jahresabschlüsse zu erstellen**, ferner betriebswirtschaftliche Auswertungen, Umsatzsteuervoranmeldungen und -erklärungen zu fertigen. Darüber hinaus hat der Beklagte zu 1) **an zumindest vier Gesellschafterversammlungen in den Jahren 1996 und 1997 teilgenommen**; die Beklagten hatten aber **keinen Auftrag zur Prüfung der Jahresabschlüsse**.

In dem Zeitraum der Tätigkeit der Beklagten ereignete sich nach Darstellung des Klägers eine Vielzahl von Pflichtverletzungen des damaligen Geschäftsführers der Gemeinschuldnerin, Herrn X., wegen derer auch strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue gegen Herrn X. eingeleitet wurden. Herr X. war in der Zeit von Juli 1993 bis März 1997 Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin, bis ihm u.a. vorgeworfen wurde, **in großem Umfang Aufwendungen, die seine private Lebensführung betrafen, als betrieblich veranlasste Aufwendungen gegenüber der Gemeinschuldnerin abgerechnet zu haben**.

Die Spesenpraxis bei der Gemeinschuldnerin sah zunächst so aus, dass Herr X. seine Spesenbelege Mitarbeitern der Beklagten in verschlossenen Umschlägen übergab, auf denen die Summe der in den Umschlägen enthaltenen Belege notiert war. Diese Beträge wurden dann von Mitarbeitern der Beklagten **ohne Prüfung des Inhalts der Umschläge verbucht**.

Bereits im Herbst 1995 fand bei der Gemeinschuldnerin eine Steuerprüfung statt. Dabei wurde nach Darstellung des Klägers von Seiten des Finanzamts die Spesenabrechnung des Geschäftsführers beanstandet, weil dieser offensichtlich in erheblichem Umfang Privatausgaben als betrieblich veranlasste Aufwendungen abgerechnet habe. Nach Darstellung der Beklagten handelte es sich lediglich um eine Lohnsteueraußenprüfung, deren Gegenstand die unrichtige Behandlung der Pauschalierung von Aushilfslöhnen gewesen sei. **Die Gemeinschuldnerin akzeptierte, vertreten durch ihren Geschäftsführer, einen pauschalen Strafbetrag von 10.000 DM**. In der Folgezeit jedenfalls wurden die vom Geschäftsführer X. eingereichten Umschläge von Mitarbeitern der Beklagten zumindest geöffnet.

Über die Art und Weise der Spesenabrechnungen („Umschlagpraxis“) hinaus, durch die nach Darstellung des Klägers ein Schaden von zumindest 125.494,87 DM entstanden sein soll, **werden dem Geschäftsführer weitere vorsätzliche Pflichtverletzungen in erheblichem Umfang vorgeworfen**. So soll er Barverkäufe von Maschinen und Maschinenteilen vorgenommen haben, ohne den Erlös an die Gemeinschuldnerin abzuführen; insoweit wird ein Schaden in Höhe von 59.034 DM behauptet. Ferner sei ein Betriebsgrundstück in nicht vertragsgrechtem Zustand verkauft worden, wodurch ein Schaden in Höhe von 45.000 DM verursacht worden sei. Weiterhin habe der Geschäftsführer X. der Gemeinschuldnerin zustehende Schecks selbst vereinnahmt, hierdurch sei ein Schaden in einer Größenordnung von 195.412,49 DM entstanden.

Zudem habe der Geschäftsführer die Gemeinschuldnerin dadurch nachhaltig geschädigt, dass er durch die Kooperation mit anderen Unternehmen die Konkurrenten der Gemeinschuldnerin gestärkt habe, es handelt sich hierbei um die sog. „Cityback-Geschäfte“, die einen Schaden von 50.000 DM verursacht hätten. Weitere Vorwürfe des Klägers betreffen die Tätigkeit des Geschäftsführers und anderer Mitarbeiter für Konkurrenzunternehmen, durch die infolge Ausfalls der vollen Arbeitskraft für die Gemeinschuldnerin ein Schaden von 144.439,43 DM verursacht worden sei, und Pflichtverletzungen aus Anlass unrichtiger Urlaubsabgeltung, die einen Schaden im Wert von 22.153,84 DM herbeigeführt hätten. (...)

Der Kläger nimmt wegen aller behaupteten Pflichtverletzungen des Geschäftsführers der Gemeinschuldnerin und damit in Zusammenhang gebrachten Vermögenseinbußen die Beklagten auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, die Beklagten hätten ihre vertraglichen Pflichten gröblich verletzt, da sie in Ansehung der sog. Umschlagpraxis die vom Geschäftsführer der Gemeinschuldnerin eingereichten Spesenbelege zunächst überhaupt nicht, später dann nur unzureichend geprüft hätten. Bei ordnungsgemäßer Prüfung hätte ihnen auffallen müssen, dass der Geschäftsführer in großem Umfang Privatausgaben abgerechnet habe. Hätten die Beklagten die Gesellschafter der Gemeinschuldnerin hierauf pflichtgemäß hingewiesen, hätten diese den Geschäftsführer umgehend abberufen und weiterer Schaden wäre vermieden worden.

(Anträge ...)

Die Beklagten haben die Einrede der Verjährung erhoben. Darüber hinaus haben sie die Auffassung vertreten, dass sie das Mandat der Buchführung ordnungsgemäß ausgeführt hätten und ihnen Pflichtverletzungen nicht angelastet werden könnten. Da die Gemeinschuldnerin – wie unstreitig ist – keinen Auftrag zur Belegprüfung erteilt habe und auch die Jahresabschlüsse der Gemeinschuldnerin deshalb nicht geprüft worden seien, sei auch die Sammelbuchung der Spesenabrechnungen zulässig gewesen und habe sich im Rahmen des von der Gemeinschuldnerin erteilten Mandats gehalten.

Jedenfalls aber seien angebliche Pflichtverletzungen für die behaupteten Schäden nicht ursächlich geworden. Es sei auch keine Pflicht der Beklagten gewesen, die Gesellschafter der Gemeinschuldnerin über etwaige ihnen bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten in der Spesenabrechnung des Geschäftsführers der Gemeinschuldnerin zu unterrichten; Vertragspartner der Beklagten sei die Gemeinschuldnerin gewesen. Schließlich fehle es an der Ursächlichkeit und an einem Schaden, da die Auszahlung der geltend gemachten Spesen bereits unabhängig von der Verbuchung erfolgt sei und die Verbuchung der tatsächlichen Auszahlung bekanntlich erst nachfolge. (...)

Das Landgericht hat durch das angefochtene Urteil die Klage in vollem Umfang abgewiesen. Zur Begründung hat es im Wesentlichen ausgeführt, dass die Klage bereits mangels Darlegung einer für die behaupteten Schäden ursächlichen Pflichtverletzung der Beklagten unbegründet sei. Zwar habe der Kläger im Ansatz schlüssig vorgetragen, dass das Belegsystem bzw. die Verbuchung der eingereichten Spesenbelege des Geschäftsführers nicht den Regeln ordnungsgemäßer Buchhaltung entsprochen habe, indessen sei ein Zusammenhang zwischen einer derartigen Pflichtverletzung und den behaupteten Schäden jenseits der falschen Spesenabrechnungen auch nicht ansatzweise dargetan.

Zumindest fehle es aber an einem Zurechnungszusammenhang zwischen dieser Pflichtverletzung und den weiter behaupteten Schäden, weil diese nicht vom Schutzzweck der verletzten Pflicht umfasst seien. Hinsichtlich der Pflichtverletzung wegen der ordnungswidrigen Belegpraxis müsse sich der Kläger auch ein weit überwiegendes Mitverschulden der Gemeinschuldnerin entgegenhalten lassen; hier gelte der Grund-

satz, dass bei vorsätzlicher Schadenverursachung durch den Geschädigten selbst eine Ersatzpflicht des nur fahrlässig handelnden Schädigers entfalle.

Gegen dieses Urteil richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte und begründete Berufung des Klägers, mit der er seinen erstinstanzlichen Zahlungsantrag in Höhe eines Betrages von 505.917,91 DM sowie den Feststellungsantrag weiterverfolgt.

Der Kläger wiederholt und vertieft sein Vorbringen in erster Instanz und vertritt insbesondere weiterhin die Auffassung, dass die von den Beklagten erstellte Buchführung nicht den Grundprinzipien der ordnungsgemäßen Buchführung genügt habe. Eine ordnungsgemäße Buchführung setze zunächst sowohl materiell als auch formell richtige Buchungen voraus, an dieser wie auch den übrigen Voraussetzungen habe es gefehlt. Wenn die Beklagten die ihnen vom Geschäftsführer monatlich übergebenen Umschläge geöffnet und anhand der in den Umschlägen befindlichen Belege gebucht hätten, wären sie auf zahlreiche Ungereimtheiten gestoßen und wären so gehalten gewesen, Unstimmigkeiten und Differenzen bei der Verarbeitung der Belege zu klären. In keinem Fall hätten sie die sog. Umschlagpraxis des Geschäftsführers akzeptieren dürfen, sondern hätten im Rahmen der bei der Buchung notwendigen Arbeitsschritte zu Rückfragen, Warnungen oder Konsequenzen gelangen müssen.

Wenn nach ihrer Auffassung die Beklagten das ihnen übertragene Mandat, die Buchführung der Gemeinschuldnerin ordnungsgemäß zu erstellen, ernst genommen hätten, dann hätten ihnen die Pflichtversäumnisse des Geschäftsführers nicht entgehen können und es hätten die Schäden aus den falschen Spesenabrechnungen sowie aus den weiteren Unregelmäßigkeiten und Pflichtwidrigkeiten des Geschäftsführers vermieden werden können.

Der Kläger ist ferner der Auffassung entgegengetreten, dass sich die Gemeinschuldnerin die Pflichtverstöße ihres Geschäftsführers gemäß §§ 254, 278, 31 BGB zurechnen lassen müsse, und weist die Anwendbarkeit des § 31 BGB und des Grundsatzes zurück, wonach gegenüber vorsätzlichen Pflichtverstößen des Geschädigten eine fahrlässige Haftung des Schädigers zurücktreten müsse.

(Anträge ...)



Die Beklagten verteidigen das angefochtene Urteil im Ergebnis unter Wiederholung und Vertiefung ihres erstinstanzlichen Vorbringens.

Sie vertreten die Auffassung, dass ihnen – insoweit auch entgegen der Ansicht im angefochtenen Urteil – eine Pflichtverletzung nicht angelastet werden könne. Anders als der Kläger und das Landgericht meinen sie, die Beklagten seien im Rahmen der Buchführung gerade nicht verpflichtet gewesen, jeden Buchhaltungsbeleg daraufhin zu überprüfen, ob eine unredliche oder gar strafbare Handlung des Geschäftsführers als Auftraggeber vorgelegen habe; insbesondere seien sie nicht verpflichtet gewesen, unter Übergehung des Geschäftsführers die Gesellschafter der Gemeinschaftschuldnerin zu unterrichten, wenn ihnen tatsächlich Unregelmäßigkeiten aufgefallen wären. Dies gelte schon deshalb in besonderem Maße, weil ihnen – wie unstreitig ist – kein ausdrücklicher Prüfungsauftrag erteilt worden ist.

Selbst wenn einzelne zur Verbuchung hereingereichte Belege den formalen steuerrechtlichen Anforderungen nicht entsprochen haben sollten, würde sich eine Pflichtverletzung allenfalls auf einen dadurch ausgelösten Steuerschaden beschränken, es fehle aber an jedem Zurechnungszusammenhang mit den vom Kläger behaupteten Vermögensschäden. Der Kläger verkenne insoweit, dass die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, soweit sie vom Steuerberater zu beachten sind, hinsichtlich ihres Schutzzweckes dazu dienen, die Entstehung von Mehrsteuern gegenüber dem Fiskus zu verhindern; Schutzzweck sei aber nicht, Gesellschafter vor ihren ungetreuen Geschäftsführern zu schützen.

Im Übrigen verteidigen die Beklagten den im angefochtenen Urteil herangezogenen Mitverschuldenseinwand und erheben weiterhin vorsorglich die Einrede der Verjährung. (...)

Die förmlich unbedenkliche Berufung des Klägers hat in der Sache keinen Erfolg.

Die Klage ist unbegründet.

#### Aus den Gründen:

Ein Anspruch der Gemeinschaftschuldnerin gegen die Beklagten, den der Konkursverwalter im Interesse aller Konkursgläubiger der Gemeinschaftschuldnerin durchsetzen könnte, besteht nicht.

Der eingeklagte Schadenersatzanspruch ist aus keinem rechtlichen Gesichtspunkt, insbesondere nicht aus der Erwägung einer vermeintlichen Schlechterfüllung des zwischen der Gemeinschaftschuldnerin und den Beklagten geschlossenen Vertrages über die Erbringung von Hilfeleistungen in Steuersachen herzuleiten.

Die Beklagten haben – entgegen der Auffassung des Klägers – den mit der Gemeinschaftschuldnerin geschlossenen Vertrag nicht schlecht erfüllt.

1. Das Landgericht ist in der angefochtenen Entscheidung zugunsten des Klägers davon ausgegangen, dass die Verbuchung der eingereichten Spesenbelege des Geschäftsführers der späteren Gemeinschaftschuldnerin nicht den Regeln ordnungsgemäßer Buchhaltung entsprochen habe. Es hat seine Auffassung, ohne dies ausdrücklich hervorzuheben, auf die Nichtbeachtung auch der §§ 36 und 37 UStDV gestützt und hat damit eine wenigstens stichprobenweise Überprüfung der eingereichten Spesenbelege im Rahmen der sog. Umschlagpraxis verlangt.

Diese Ansicht wirft die Fragestellung auf, ob ein Steuerberater die Belege, die ihm vom Geschäftsführer seines Mandanten zur Verbuchung hereingereicht werden, daraufhin überprüfen muss, ob diesen Belegen jeweils eine betriebliche Veranlassung zugrunde liegt.

**Die Rechtsprechung des BGH begründet durchaus eine Pflicht des Beraters, sich von der Ordnungsmäßigkeit einer Buchführung zu überzeugen; er meint damit die Pflicht zu prüfen, ob die Buchführung in ihrer Anlage und Ausgestaltung den Anforderungen an eine ordnungsgemäße Buchführung entspricht. Dazu gehört aber nicht die Prüfung jeder einzelnen Buchung oder der Gesamtheit der Buchungen auf ihre materielle Richtigkeit in jedem Einzelfall und darüber hinaus – gar in der Art einer Unterschlagungsprüfung – eine Nachprüfung, ob der Mandant Geschäftsvorfälle unterdrückt hat (vgl. BGH, VersR 1968, 48).**

Ferner soll ein Steuerberater, auch wenn ihm kein Auftrag zur „Buchprüfung“ erteilt war, dennoch dem Mandanten gegenüber vertraglich verpflichtet sein, auf etwaige Mängel der Buchführung, soweit sie ihm – im Rahmen der vertraglichen Tätigkeit zur Fertigung von Steuerbilanzen und Steuererklärungen – anhand der Bücher bei Anwendung der gebotenen Sorgfalt erkennbar waren, hinzuweisen (vgl. BGH, WM 1971, 1206).

**Demgegenüber kann der Steuerberater grundsätzlich aber auch auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der ihm gegebenen Auskünfte und Belege vertrauen, es besteht insbesondere keine Pflicht, nach eventuellen Unterschlagungen von Angestellten des Mandanten zu suchen** (vgl. OLG Hamm, ZIP 1983, 90; OLG München, Gl 2002, 174; Gräfe/Lenzen/Schmeer, Steuerberaterhaftung 3. Aufl., Rdnr. 299, 306; Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters 4. Aufl., Rdnr. 490).

**Lediglich erkannten Mängeln der Buchführung, d.h. erkannten Unstimmigkeiten und Unklarheiten in den Mandantenangaben, muss er nachgehen und sie durch Rückfragen bei dem Auftraggeber zu beheben suchen.** Sind Verschleierungen bei Durchführung der beruflichen Buchführungsarbeit erkennbar, trifft den Steuerberater eine Mitteilungspflicht; dies kann aber nur im Einzelfall festgestellt werden (vgl. BGH, WM 1971, 1206; OLG München, WM 1997, 613, 617; Gräfe/Lenzen/Schmeer, a.a.O., Rdnr. 306; Späth, a.a.O., Rdnr. 490).

Eine abschließende Entscheidung dieser Fragestellung ist hier indessen nicht erforderlich. Die Gemeinschaftschuldnerin muss sich vielmehr das Verhalten ihres (früheren) Geschäftsführers, das der Kläger selbst als bewusst verschleiern und betrügerisch darstellt, zurechnen lassen. Für die hier zu beurteilende GmbH & Co KG gründet sich die Wissenszurechnung auf § 166 Abs. 1 BGB, § 125 Abs. 2 Satz 3 HGB, § 35 Abs. 2 Satz 2 GmbHG analog, wonach es auf die Person des Vertreters und damit des Geschäftsführers aufgrund seiner Organstellung ankommt (vgl. BGHZ 132, 26, 35 ff; Baumbach/Duden/Hopt, HGB 30. Aufl. 2000, § 125 Rdnr. 4; Zöllner, in: Baumbach/Hueck, GmbH-Gesetz 17. Aufl. 2000, § 35 Rdnr. 84; Lutter/Hommelhoff, GmbH-Gesetz 15. Aufl. 2000, § 36 Rdnr. 2-4).

**Danach muss derjenige, der sich bei der Erledigung bestimmter Angelegenheiten eines Vertreters oder vergleichbarer Personen, d.h. erst recht seiner Organe, bedient, die Kenntnisse und das Kennenmüssen dieser Personen gegen sich gelten lassen, also auch die Kenntnisse des Organs, das bei dem konkreten Ereignis, wie etwa der Schädigung der Gesellschaft, für die Gesellschaft aufgetreten ist.**

Eine andere Auffassung begründet dasselbe Ziel, die Wissenszurechnung des Organs, aus dem Gesichtspunkt der organschaftlichen Kenntnis entsprechend § 31 BGB (K. Schmidt, GesR § 10 V 2). Danach muss sich auch hier die Gemeinschaft-

schuldnerin, die nur durch ihren Geschäftsführer handeln kann, entsprechend § 31 BGB so behandeln lassen, als habe sie die Kenntnisse im Zusammenhang mit der sog. Umschlagpraxis selbst besessen.

Danach bestand gegenüber der Gemeinschaftschuldnerin keine Mitteilungs- oder Aufklärungspflicht der Beklagten. Dies gilt umso mehr, als nach der eigenen – bestrittenen – Darstellung des Klägers im Herbst 1995 bereits von Seiten des Finanzamts die Spesenabrechnungen des Geschäftsführers beanstandet worden sein sollen, und zwar mit der Begründung, dass dieser offensichtlich in erheblichem Umfang Privatausgaben als betrieblich veranlasste Aufwendungen abrechnete.

Die sich aus dem eigenen Vortrag des Klägers ergebende Kenntnis der Gemeinschaftschuldnerin schließt Ansprüche des Klägers, soweit er einen Schaden der Gemeinschaftschuldnerin geltend macht, gegen die Beklagten aus. **Denn es wäre zudem ein grober Verstoß gegen Treu und Glauben, wenn man der Gemeinschaftschuldnerin, die durch ihren Geschäftsführer bewusst Falschbuchungen verursacht hat, die Möglichkeit geben würde, ihren Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch zu nehmen, weil er im Vertrauen auf die Richtigkeit ihrer Angaben die Falschbuchungen nicht aufgedeckt hat** (§ 242 BGB aus dem Gesichtspunkt „venire contra factum proprium“; vgl. OLG Köln, DStR 1991, 1675).

Damit ist auch **die Grenze der Zurechnung zu-lasten der Gemeinschaftschuldnerin** aufgezeigt und gezogen. Eine Zurechnung des unredlichen Verhaltens ihres Geschäftsführers müsste ausscheiden, wenn der Geschäftsführer und die Beklagten in unredlicher Weise zum Nachteil der Gemeinschaftschuldnerin zusammengewirkt hätten (kollusives Verhalten). Hierfür sind jedoch Anhaltspunkte weder dargetan noch sonst aus dem Akteninhalt ersichtlich.

Schließlich ist die vom Kläger geltend gemachte Schadenersatzforderung der Gemeinschaftschuldnerin gegen die Beklagten auch – wie das Landgericht im Ansatzpunkt zu Recht ausgeführt hat – unter dem rechtlichen Gesichtspunkt des Mitverschuldens (§ 254 BGB) ausgeschlossen. Da nach dem Vorstehenden der Gemeinschaftschuldnerin die Kenntnis ihres unredlich handelnden Geschäftsführers zuzurechnen ist, **kommt der Grundsatz zum Tragen, wonach ein – wie hier – vorsätzlich handelnder Geschädigter im Verhältnis zu einem fahrlässig handelnden Beteiligten seinen**

**Schaden allein zu tragen hat** (vgl. BGH, NJW 1991, 3208; OLG Hamburg, ZIP 1988, 1551, 1554; OLG Köln, DStR 1991, 1675; Späth, a.a.O., Rdnr. 490 a.E.; Palandt/Heinrichs, BGB 61. Aufl., § 254 Rdnr. 53; jeweils m.w.N.).

2. Auch die vom Kläger behaupteten weiteren erheblichen Schäden zum Nachteil der Gemeinschuldnerin, die deren Geschäftsführer durch die Vielzahl der ihm angelasteten Pflichtverletzungen herbeigeführt haben soll, sind nicht den Beklagten anzulasten.

Nach der vom BGH grundsätzlich für Schadenersatzansprüche aller Art anerkannten **Schutzzwecklehre** besteht eine Schadenersatzpflicht nur, wenn der geltend gemachte Schaden nach Art und Entstehungsweise unter den Schutzzweck der verletzten Norm oder Pflicht fällt. Bei Vertragsverletzungen muss es sich also um Nachteile handeln, die aus dem Bereich der Gefahren stammen, zu deren Abwendung die verletzte vertragliche Pflicht übernommen worden ist (vgl. zuletzt BGH, NJW 2002, 2459, 2460).

Die vom Kläger jenseits der angeblich fehlerhaften Buchführungspraxis behaupteten Unregelmäßigkeiten in der Person des früheren Geschäftsführers der Gemeinschuldnerin und die damit in Zusammenhang gebrachten Schadenfälle sind nicht vom Schutzzweck der nach Ansicht des Klägers verletzten Pflichten aus dem Steuerberaterverhältnis umfasst. Der Umfang und die Reichweite des Mandats, das die Gemeinschuldnerin den Beklagten übertragen hat, waren klar umrissen. **Das Mandat umfasste insbesondere nicht eine Belegprüfung oder gar eine Prüfung der Jahresabschlüsse.**

Die Aufgabe der Beklagten bestand darin, die Buchhaltung zu erstellen, die Jahressteuererklärungen zu fertigen, die Lohnbuchhaltung und Bilanzen zu erstellen sowie die im Zusammenhang mit der Umsatzsteuer erforderlichen Voranmeldungen und Erklärungen anzufertigen. Der Aufgabenkatalog der Beklagten umfasste nicht die Prüfung der Geschäftsführung der Gemeinschuldnerin auf ihre Zweckmäßigkeit und Ordnungsgemäßheit.

Der Senat teilt hierzu die von den Beklagten vertretene Auffassung, dass die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und die Grundsätze im Zusammenhang mit der Erstellung der Jahresabschlüsse, soweit sie vom Steuerberater zu beachten sind, **hinsichtlich ihres Schutzzwecks dazu dienen, die Entstehung von Mehr-**

**steuern gegenüber dem Fiskus zu verhindern, nicht aber dazu, Gesellschafter vor unredlichen Geschäftsführern zu bewahren. Wenn noch nicht einmal ein tatsächlich erteilter Auftrag zur Abschlussprüfung schon zur Durchführung einer Unterschlagungsprüfung verpflichtet** (vgl. OLG München, GI 2002, 174; Gräfe/Lenzen/Schmeer, a.a.O., Rdnr. 393 m.w.N.), **dann ist erst recht der Steuerberater im Rahmen eines Mandates mit dem hier vorliegenden fest umrissenen Inhalt nicht verantwortlich für die Verhinderung von Fehlern, Täuschungen, Vermögensschädigungen und sonstigen Gesetzesverstößen des Geschäftsführers.**

Es mag zwar zutreffen, dass ein langjährig für einen Mandanten tätiger Steuerberater über den Rahmen des ihm erteilten Auftrages hinaus weiter gehende Sorgfaltspflichten beispielsweise als **Informationsbeschaffer, Krisenwarner und Betreuer** zu erfüllen hat (vgl. OLG Karlsruhe, WM 1997, 613, 618). Die hierfür erforderlichen Voraussetzungen sind jedoch im Streitfall nicht dargetan, insbesondere reicht für eine Treuebeziehung der vorstehend beschriebenen Qualität nicht die viermalige Teilnahme des Beklagten zu 1) an Gesellschafterversammlungen aus, ohne dass ihm – wie unstreitig ist – konkrete Prüfungsaufträge erteilt worden wären. (...)

## Steuerberaterhaftung

- Prognoserechnung
  - Anlageberatung
  - Einkommensentwicklung des Mandanten
- (OLG Naumburg, Urt. v. 29.4.2002 – 1 U 150/01)

### Leitsätze:

1. Ein Steuerberater haftet nicht auf Schadenersatz, wenn sich die seiner Prognoserechnung zugrunde gelegte Einkommensentwicklung des Mandanten später nicht verwirklicht und sich mangels eines entsprechend hohen Einkommens keine oder nur noch geringe steuerliche Vorteile ergeben.

2. Für eine „Anlageberatung“ haftet der Steuerberater nur bei entsprechendem Auftrag. Die Haftung für einen „Anlageschaden“ wegen einer steuerlichen Fehlberatung tritt nicht ein, wenn sich die steuerlichen Vorteile verwirklicht haben und ein Mietobjekt nach Vornahme von Sonderabschreibungen später im Wert sinkt.

# **Zum Sachverhalt:**

Der Beklagte ist Steuerberater und war in dieser Eigenschaft bis Anfang des Jahres 1996 im Rahmen eines Dauermandats für den Kläger, seine Ehefrau sowie Gesellschaften der Eheleute K., u.a. die T.-GmbH, tätig. Die T.-GmbH wurde gegründet, um das operative Geschäft des vorher vom Kläger als Einzelunternehmen betriebenen Gewerbes, insbesondere die Vermietung von Toilettenhäuschen, zu übernehmen.

Der Kläger nimmt den Beklagten auf Schadenersatz aus eigenem und aus abgetretenem Recht seiner Ehefrau in Anspruch, da der Beklagte ihm als Steuerberater obliegende Pflichten schuldhaft verletzt habe.

Der Kläger hat gemeinsam mit seiner Ehefrau für insgesamt 906.019 DM zwei Eigentumswohnungen in M. erworben. Hierzu wurde von Klägerseite wie folgt schriftsätzlich vorgetragen:

Der Erwerb der Wohnungen sei aufgrund einer dringenden Empfehlung des Beklagten erfolgt, der dem Kläger mitgeteilt habe, dass die Einkünfte von ihm und seiner Frau im Jahr 1995 über 400.000 DM lägen. Da aus diesem Grunde die Einsparung von Steuern notwendig sei, habe der Beklagte dem Kläger ein Prospekt der Firma „B.-KG“ über die später angekauften Eigentumswohnungen übergeben.

Der Beklagte habe im Rahmen seiner Beratung die Gewinnerwartung der T.-GmbH falsch prognostiziert, was auf diverse Mängel der vom Beklagten geführten Buchhaltung zurückzuführen sei. Tatsächlich sei der erwirtschaftete Gewinn weit geringer ausgefallen. Zudem habe der Beklagte verkannt, dass Abschreibungspotenziale im Hinblick auf die gewerblich genutzten Immobilien vorhanden gewesen seien, so dass der Erwerb von Eigentumswohnungen zum Zwecke der Steuersenkung nicht notwendig gewesen sei.

Der Kläger hat behauptet, dass er die Eigentumswohnungen nicht erworben hätte, wenn er über die tatsächliche Situation im Frühjahr 1995 zutreffend von dem Beklagten beraten worden wäre. Infolge der fehlerhaften Beratung seien ihm und seiner Frau Schäden entstanden, die zum einen aus dem Wertverlust der Eigentumswohnungen infolge des zwischenzeitlich eingetretenen Preisverfalls, zum anderen aus einer monatlichen Unterdeckung in Höhe von 4.000 DM resultierten.

Der Beklagte erhebt – was unstreitig ist – die Einrede der Verjährung und weist darauf hin, dass er dem Kläger den Ankauf der Eigentumswohnungen nicht angeraten habe. Es sei der Kläger gewesen, der sich über die zu hohen Steuern beschwert und nach Möglichkeiten gefragt habe, diese durch Vornahme von Investitionen zu senken.

Der Beklagte hat die fehlende Substantiierung des klägerischen Vortrages mehrfach gerügt und dabei insbesondere darauf hingewiesen, dass nicht allein der Gewinn der T.-GmbH zu berücksichtigen sei, sondern alle Einkünfte der Eheleute K. Diese hätten im Jahr 1995 tatsächlich 400.000 DM überstiegen. (...)

Das Landgericht hat am 5.10.1999 ein Versäumnisurteil erlassen, in welchem festgestellt wurde, dass der Beklagte verpflichtet ist, dem Kläger jeglichen Schaden zu ersetzen, „der diesem und dessen Ehefrau dadurch entstanden ist und entstehen wird, dass sie am 5.7.1997 gemäß Urkunde der Notarin G. mit dem Amtssitz in M. (...) die Annahme des notariellen Verkaufsangebots der Fa. B. Bauträger GmbH & Co. KG vom 30.6.1995 (...) des Notars B. mit dem Amtssitz in O. erklärt haben.“

Nach Einspruch des Beklagten hat das Landgericht in der mündlichen Verhandlung vom 21.3.2000 Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugin Sch. sowie – mit Einverständnis des Beklagten – durch Parteivernehmung des Klägers. Dabei erklärte dieser sich wie folgt: Er habe hinsichtlich der Wohnungen ein Angebot von einer Frau St. aus M. erhalten. Darüber habe er dann mit dem Beklagten gesprochen, wobei es im Wesentlichen darum gegangen sei, ob er sich dies leisten könne. Der Beklagte habe ihm zu dem Kauf dann zugeraten. (...)

Ein weiterer Beweisbeschluss des Landgerichts vom 19.5.2000 wurde nicht durchgeführt, sondern mit Beschluss vom 20.6.2001 aufgehoben.

Das Landgericht hat das Versäumnisurteil vom 5.10.1999 mit Urteil vom 8.10.2001 aufgehoben und die Klage abgewiesen. Es hat ausgeführt, dass ein Anspruch aus positiver Vertragsverletzung (pVV) des Steuerberatervertrages nicht gegeben sei. Der Kläger habe eine Pflichtverletzung des Beklagten nicht ausreichend substantiiert. Der Beklagte als Steuerberater schulde zwar eine umfassende Aufklärung über die steuerlichen Vor-, Nachteile und Risiken eines Anlagengeschäftes, aber keinen Ersatz des An-

lageschadens. Hiervon sei nur dann eine Ausnahme zu machen, wenn der Steuerberater selbst eine bestimmte Beteiligung empfehle. Davon sei vorliegend aber nicht auszugehen. Der Kläger habe nicht substantiiert, dass Angaben zu dem erworbenen Objekt unrichtig gewesen seien.

Gegen das dem Kläger am 30.10.2001 zugestellte Urteil wendet er sich mit seiner am 30.11.2001 eingegangenen und am 28.12.2001 begründeten Berufung.

Der Kläger trägt vor, das Landgericht habe seinen Vortrag verkannt. Er verlange den Ausgleich für die wirtschaftlichen Nachteile aus dem Erwerb der Wohnungen, mithin keinen typischen „Steuerschaden“, sondern einen Vermögensnachteil aus einer wirtschaftlichen Fehlmaßnahme.

Der Beklagte habe Schadenersatz zu leisten, da „der Beklagte dem Kläger (ungefragt) den Erwerb der Wohnungen empfohlen“ habe. Der Grund hierfür seien „krasse Buchführungs- und Bilanzierungsfehler“, insbesondere eine falsche Jahresübersicht über die Gewinnentwicklung der T-GmbH gewesen sowie die Verknennung von Sonderabschreibungsmöglichkeiten. Einkünfte über 400.000 DM hätten die Eheleute K. in dem Jahr 1995 nicht erwirtschaftet, wie aus den im Nachhinein ergangenen Steuerbescheiden hervorgehe.

Der Kläger hat auch in der Berufung zunächst beantragt, das Urteil des Landgerichts vom 8.10.2001 abzuändern und das Versäumnisurteil desselben Landgerichts vom 5.10.1999 aufrechtzuerhalten.

Der Beklagte hat die Unzulässigkeit des (Feststellungs-)Antrags gerügt und im Übrigen das angefochtene Urteil verteidigt. (...)

Der Kläger führt aus, die zur Finanzierung der Wohnungen abgeschlossenen Darlehensverträge seien mit Schreiben vom 9. und 10.1.2002 gekündigt und die valutierenden Beträge in Höhe von 204.259,27 EUR und 287.494,74 EUR fällig gestellt worden.

Nachdem der Kläger in der mündlichen Verhandlung vom 25.2.2002 keinen Antrag stellen ließ, hat der Beklagte beantragt, die Berufung durch Versäumnisurteil zurückzuweisen, worauf der Senat in einem in gleicher Verhandlung verkündeten Versäumnisurteil erkannt hat.

Gegen das dem Kläger am 28.2.2002 zugestellte Urteil richtet sich dessen Einspruch, der mit am 12.3.2002 eingegangenen Schriftsatz vom 11.3.2002 eingelegt wurde.

Für den Kläger wird außerhalb der Berufungsbegründung sowie zur Begründung des Einspruchs weiterhin wie folgt vorgetragen:

Er, der Kläger, habe den Beklagten nicht um eine „Anlageberatung“ gebeten, welche dieser aber gleichwohl vorgenommen habe. Dabei sei dieser allerdings von falschen Voraussetzungen ausgegangen, weil er die relevante Gewinnsituation falsch eingeschätzt habe. Offenbar sei es dem Beklagten darum gegangen, den Kläger zum Erwerb der Wohnungen in M. zu veranlassen, was ja vielleicht damit zusammenhänge, dass ihm „von dem Vertriebsunternehmen eine ‚Provision‘ zugesagt worden“ sei. Der Kaufpreis für die beiden Eigentumswohnungen sei schon zum Zeitpunkt des Erwerbs überhöht gewesen, auch wenn dies keine Besonderheit gerade der hier erworbenen Eigentumswohnungen gewesen sei. Zwischenzeitlich seien diese nur noch etwa die Hälfte des Preises wert, welcher 1994/1995 dafür gezahlt worden sei.

(Anträge ...)

Der Senat hat in der mündlichen Verhandlung vom 22.4.2002 sowohl den Kläger als auch den Beklagten informatorisch gehört. Der Kläger hat dabei erklärt, er habe eines Tages einen Anruf von einer Frau St. aus M. erhalten, diese habe zwei Wohnungen im Angebot gehabt. Da er daran interessiert gewesen sei, habe er den Beklagten kontaktiert, welcher „wohl Frau St. den Tipp gegeben“ habe. Im Wesentlichen sei es bei dem Gespräch mit dem Beklagten darum gegangen, ob er sich die Wohnungen leisten könne. (...)

#### Aus den Gründen:

Der Einspruch des Klägers gegen das Versäumnisurteil des Senats ist zulässig und wurde insbesondere frist- und formgerecht eingelegt. Er bleibt jedoch erfolglos, da seine Berufung gegen das landgerichtliche Urteil zwar auch zulässig, jedoch in der Sache unbegründet ist. Die Klage ist nur teilweise zulässig; soweit sie zulässig ist, ist sie unbegründet.

1. Die Klage ist nur in Ansehung des Klageantrags zu 1) zulässig.

1.1. Der Antrag enthält eine Klageänderung, welcher der Beklagte nicht widersprochen hat und die daher gemäß § 267 ZPO zulässig ist. Im Übrigen ist sie auch sachdienlich. **Die Sachdienlichkeit einer Klageänderung ist im Berufungsverfahren nur ausnahmsweise zu verneinen**; sie ist nach Maßgabe der **Prozesswirtschaftlichkeit** immer dann gegeben, wenn die Änderung geeignet ist, den Streitstoff im Rahmen des anhängigen Rechtsstreits auszuräumen und weiteren Rechtsstreitigkeiten vorzubeugen (vgl. Zöller/Gummer, ZPO 22. Aufl., § 523 Rdnr. 8; 23. Aufl., § 531 Rdnr. 26). Dies ist hier der Fall, da die jetzt begehrte Freistellung von Darlehensverbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit dem Erwerb der Eigentumswohnungen eingegangen worden sein sollen, (erstmalig) einen konkretisierten Schaden darstellen kann, nachdem bis dahin lediglich ein allgemeiner Feststellungsantrag (entsprechend dem erstinstanzlich ergangenen Versäumnisurteil) verfolgt wurde.

1.2. Soweit nunmehr als Antrag zu 2) über den Klageantrag zu 1) hinausgehend ein Feststellungsantrag gestellt wird, ist die Klage unzulässig. Gemäß § 256 Abs. 1 ZPO setzt der Antrag auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses voraus, dass der Kläger ein rechtliches Interesse daran hat, dass das Rechtsverhältnis festgestellt wird. Dies ist grundsätzlich dann nicht der Fall, wenn eine Klage auf Leistung möglich und zumutbar ist (Zöller/Greger, ZPO 23. Aufl., § 256 Rdnr. 7a).

Selbst wenn man davon ausginge, dass der Kläger gegenüber dem Beklagten einen Anspruch darauf hätte, von den Folgen der behaupteten „Fehlberatung“ freigestellt zu werden, ist nicht ersichtlich, warum er nicht in der Lage sein sollte, die daraus entstehenden Schäden zu beziffern. Es ist namentlich nicht einzusehen und nicht dargelegt, dass die Schadenentwicklung im vorliegenden Fall noch in der Entwicklung wäre, was hier allenfalls als Argument zur Begründung eines Feststellungsinteresses herangezogen werden könnte. Dies gilt auch, soweit der Kläger in seinem Schriftsatz vom 8.2.2002 ausführt, die Bank habe einen Kontokorrentkredit gekündigt, zumal ein Bezug des insoweit „drohenden“ Schadens zu der (behauptet) fehlerhaften Beratung des Beklagten nicht ersichtlich ist.

2. Soweit die Klage zulässig ist, ist sie unbegründet. Dem Kläger steht kein Anspruch gegen den Beklagten aus positiver Vertragsverletzung (pVV)

des Steuerberatervertrages, was hier als einzige Anspruchsgrundlage in Betracht kommt, zu. Hierfür wäre neben einer schuldhaften Pflichtverletzung des Beklagten auch erforderlich, dass dem Kläger **ein Schaden entstanden ist, welcher sich bei normativer Betrachtung als Verwirklichung gerade des durch die Pflichtverletzung geschaffenen Risikos darstellt (Schutzzweckzusammenhang, vgl. Palandt/Heinrichs, BGB 61. Aufl., § 249 Rdnr. 62) und nicht lediglich des allgemeinen Lebensrisikos (vgl. zu diesem Gesichtspunkt Palandt/Heinrichs, BGB 61. Aufl., vor § 249 Rdnr. 88)**. Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt.

2.1. Der Kläger macht geltend, der Beklagte habe die ihm als Steuerberater obliegenden Pflichten deshalb verletzt, weil er zum einen **aufgrund fehlerhafter Buchführung und Bilanzierung eine falsche Prognose für die Einkommensentwicklung im Jahr 1995** abgegeben und ihn hierdurch dazu gebracht habe, die Wohnungen zu kaufen, und zum anderen, dass der Beklagte ihm bekannte Sonderabschreibungsmöglichkeiten nicht genutzt habe, so dass der Erwerb der Eigentumswohnungen zum Zweck der Steuerersparnis nicht erforderlich gewesen sei.

2.1.1. Für die Entscheidung des Senats kann es dahinstehen, ob die behaupteten Pflichtverletzungen des Beklagten hinreichend dargetan wurden. Es fehlt bereits an einer schlüssigen Darlegung, dass die behaupteten Pflichtverletzungen für den Erwerb der Wohnungen ursächlich waren, d.h. bei „richtiger“ Beratung vom Erwerb der Wohnungen – aus steuerlicher Sicht – hätte abgeraten werden müssen. Dies ergibt sich daraus, dass der Kläger in seinen Ausführungen nur unzureichend berücksichtigt hat, dass von dem Beklagten zum damaligen Zeitpunkt eine **Prognoseentscheidung für alle mit dem Kläger und seiner Frau zusammenhängenden Steuersubjekte gefordert war. Die Fehlerhaftigkeit einer solchen Entscheidung kann daher nicht allein daraus hergeleitet werden, dass sich die Situation hinsichtlich eines Steuersubjektes, hier etwa der T-GmbH, gegenüber dem angenommenen Zustand verschlechtert hat**, ohne die Gesamtsituation aller mit dem Kläger und seiner Ehefrau zusammenhängender Steuersubjekte zu betrachten.

Soweit der Kläger eine Gesamtdarstellung zumindest ansatzweise versucht, stützt diese sich auf Jahre später aufgrund einer Betriebsprüfung erlassene Steuerbescheide. Dass sich die tatsäch-

liche Situation im Nachhinein anders darstellt, reicht allerdings nicht aus, um die Fehlerhaftigkeit der in der Beratungssituation geforderten in die Zukunft gerichteten Prognoseentscheidung zu belegen. So kann beispielsweise bei einem hohen Bestand an Außenständen der bilanzielle Gewinn zunächst hoch sein, während sich die tatsächliche Situation später – beispielsweise bei Uneinbringbarkeit der Forderungen – als wesentlich schlechter darstellt. Hierauf hat der Beklagte anlässlich der Verhandlung völlig zu Recht und auch unwidersprochen hingewiesen.

2.1.2. Selbst wenn man jedoch – entgegen der Ansicht des Senats – die diesbezüglichen Ausführungen des Klägers als ausreichend ansehen würde, hätte die Klage keinen Erfolg. Aufgrund der (behaupteten) Pflichtverletzungen kann bei der gebotenen normativen Betrachtung der hier geltend gemachte „Anlageschaden“ nicht verlangt werden. Auch nach der Klageänderung hat sich daran, dass „ein Vermögensnachteil aus einer wirtschaftlichen Fehlmaßnahme“ und damit letztlich ein „Anlageschaden“ geltend gemacht wird, nichts geändert. Der Kläger beruft sich nach wie vor darauf, der Beklagte habe ausgehend von falschen Voraussetzungen eine „Anlageberatung“ vorgenommen und müsse für die Folgen haften.

#### **Der „Anlageschaden“ ist nicht erstattungsfähig.**

Zu Recht hat die Kammer dies aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 7.5.1991 (*BB 1991, 1374*) hergeleitet. Hieraus ergibt sich, dass ein Mandant, der in Folge fehlerhafter Beratung durch den Steuerberater eine nachteilige Vermögensanlageentscheidung getroffen hat, grundsätzlich **nur den Schaden ersetzt verlangen kann, der ihm durch das Vertrauen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Beratung entstanden ist**. Dies ist – wie sich aus der Entscheidung ergibt – auf die in steuerlicher Hinsicht eingetretenen Schäden begrenzt.

Der BGH führt (*a.a.O.*) aus, der Steuerberater schulde seinem Mandanten, „wenn es um die Beteiligung an einer steuersparenden Vermögensanlage geht, grundsätzlich eine umfassende Aufklärung über die Arten und Möglichkeiten der zu erzielenden Verlustzuweisungen und über deren Vorteile, Nachteile und Risiken **in steuerlicher Hinsicht** (Hervorhebung durch den Senat). Dagegen trifft ihn eine Verpflichtung, wirtschaftlich zu beraten, nur, wenn er einen weiter gehenden, auch die Anlageberatung einschließenden Auftrag erhalten hat oder von sich aus eine bestimmte Beteiligung empfiehlt“.

Der Beklagte hätte aufgrund der unter 2.1.1. aufgeführten Pflichtverletzungen daher allenfalls für den in steuerlicher Hinsicht entstandenen Schaden einzustehen. Dieser wird jedoch ausdrücklich nicht geltend gemacht. Nur ergänzend sei darauf hingewiesen, dass es nach dem unstreitigen Parteivortrag einen solchen Schaden wohl auch nicht gibt. Durch den Erwerb der Wohnungen kam es nämlich unstreitig (!) zu einer Steuerersparnis in Höhe von mehr als 200.000 DM.

Dies wurde bereits in dem Schriftsatz vom 10.11.1998 durch den Beklagten vorgetragen und im Termin vor dem Senat wiederholt, ohne dass dem der Kläger, der persönlich anwesend und fachlich nicht nur durch seinen Prozessbevollmächtigten, sondern auch durch dessen als Steuerberater und vereidigter Buchprüfer aufs Beste qualifizierten Konsiliarius beraten war, entgegengetreten wäre. Unbeachtlich ist insoweit der nach der Verhandlung vom 22.4.2002 eingereichte Schriftsatz, der zum einen durch einen nicht postulationsfähigen Anwalt unterzeichnet wurde und zum anderen nicht nachgelassen war. Ein Wiedereintritt in die mündliche Verhandlung, um dem Kläger Gelegenheit zu geben, Sachvortrag aus dem Jahr 1998 zu bestreiten, kam ohnehin nicht in Betracht.

**2.2. Dass die Wohnungen bereits zum Zeitpunkt des Erwerbs überteuert waren und ihr Wert zwischenzeitlich weiter verfallen ist, ist demnach grundsätzlich nur eine Verwirklichung des vom Kläger selbst zu tragenden Investitionsrisikos.** Nur soweit der Beklagte gerade auch insoweit über die steuerliche Beratung hinaus „wirtschaftsberatend“ tätig gewesen wäre, müsste er für die ihm dabei unterlaufenen Fehler einstehen.

2.2.1. Der Beklagte hat in seiner Vernehmung durch den Senat eingeräumt, allgemein gehaltenen Hinweise gegenüber dem Kläger etwa dergestalt gegeben zu haben, dass die hier ins Auge gefassten Wohnungen sich beispielsweise **in einer guten Lage** befänden. Fraglich ist bereits, ob mit derartig allgemein gehaltenen Hinweisen überhaupt eine haftungsrechtliche Folge verbunden werden kann. Letztendlich ist dies aber unerheblich, da die Fehlerhaftigkeit solcher „allgemeiner“ Hinweise durch den Kläger selbst nicht einmal behauptet wird. Selbst wenn man unterstellt, der Beklagte habe dem Kläger tatsächlich Prospektangaben bezüglich der später erworbenen Wohnungen überlassen (hierzu



unter Ziffer 2.2.3.), führt dies nicht weiter, da nicht einmal ansatzweise dargelegt ist, dass der Kaufentschluss des Klägers durch irgendwelche falschen oder irreführenden Prospektangaben hervorgerufen wurde.

**2.2.2. Der Kläger trägt vor, Gegenstand der Beratung sei (im Wesentlichen) die Frage gewesen, ob er und seine Frau sich die Wohnung „leisten“ könne, ob also hinreichend Liquidität vorhanden sei.** Auch wenn man davon ausgeht, der Beklagte habe dies bejaht, führt dies allerdings nicht zu einem Anspruch des Beklagten. Dabei kann dahinstehen, ob man eine derartige **Auskunft als Annex zu den Buchführungs- und Bilanzierungsarbeiten** des Beklagten und damit zu seiner steuerberatenden Tätigkeit oder aber bereits als eine darüber hinausgehende „wirtschaftsberatende“ Tätigkeit ansieht. Unstreitig ist nämlich, dass die **Finanzierung des Projektes** zunächst einmal völlig unproblematisch durch die Banken übernommen wurde, so dass die Finanzierung dieses Projektes **an fehlender „Liquidität“ offensichtlich nicht scheiterte.**

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der „Unterdeckung“ des Projektes, d.h. aufgrund des Umstandes, dass die monatlichen Mieteinnahmen geringer waren als die Belastungen, welche aus den zur Finanzierung aufgenommenen Darlehensverträgen resultierten. Der Kläger hat gerade nicht behauptet, dass er auch bei **anhaltend positiver Geschäftsentwicklung**, wie sie zur Zeit der Beratung vorlag, nicht in der Lage gewesen wäre, die Belastung zu tragen. Dass ihm dies trotz der – gerichtsbekannt – zwischenzeitlich eingetretenen wirtschaftlichen Einbrüche in der Bauindustrie (seinem wesentlichen Auftraggeber) bis in das laufende Jahr hinein gelungen ist, spricht dagegen.

Hinzu kommt, dass das zur Gewährleistung der Finanzierung wesentliche Mietniveau ebenfalls eingebrochen ist, wofür der Beklagte zwar ebenfalls nicht einzustehen hat, was aber die „Liquiditätslage“ im Nachhinein weiter verschlechtert hat, ohne dass vorgetragen ist, dass der Beklagte dies (im Vorfeld) hätte erkennen können.

**2.2.3. Soweit der Kläger schriftsätzlich eine weiter gehende vermittelnde Tätigkeit des Beklagten behauptet,** widerspricht er seinen eigenen Angaben in den mündlichen Verhandlungen vor dem Landgericht und vor dem Senat, so dass eine ihm günstige Entscheidung hierauf nicht gestützt werden kann.

Vor dem Landgericht hat der Kläger vortragen lassen, er habe die Wohnungen aufgrund dringender Empfehlung des Beklagten erworben, wobei Grundlage ein Verkaufsprospekt der B. Bauträger GmbH & Co KG gewesen sei, welches der Kläger von dem Beklagten erhalten habe. Diese Behauptung und die weiteren Ausführungen zur Vertragsabwicklung deuten darauf hin, dass es der Beklagte war, der nicht nur den allgemein gehaltenen Rat zum Immobilien-erwerb zwecks Steuerersparnis gab, sondern auch gerade **die letztlich gekauften Objekte „anempfohlen“ hat.**

Demgegenüber bekundete der Kläger in seiner Parteivernehmung vor dem Landgericht hiervon nichts, sondern führte aus, er (!) habe ein Angebot erhalten von einer Frau St. aus M., woraufhin er mit Herrn S. darüber gesprochen habe, ob er und seine Frau „sich das leisten“ könnten. Der Kläger betonte dabei mehrfach, dass Sinn und Zweck der geführten Gespräche die (unbefriedigende) Liquiditätslage gewesen sei. Auf ausdrücklichen Vorhalt des Gerichts bestätigte er, dass die Gespräche deshalb stattfanden, „weil nie Bargeld vorhanden gewesen ist“.

Dies unterscheidet sich von dem schriftsätzlichen Vortrag zum einen deshalb, weil die Initiative nach dem Ergebnis der Parteivernehmung von dem Kläger und nicht von dem Beklagten ausging. Zum anderen lag auch der Schwerpunkt der Beratung nach dem Ergebnis der Parteivernehmung anders als von dem Kläger dargestellt, nämlich nicht in der Steuerersparnis, sondern in der „Liquiditätsproblematik“.

Nachdem der Kläger gleichwohl auch in der Berufung noch einmal vortragen ließ, er habe „den Beklagten in der Tat nicht um eine ‚Anlageberatung‘ gebeten, jedoch (habe) der Beklagte eine solche ‚Anlageberatung‘ unternommen“, hat sich der Senat eingedenk der erheblichen Differenzen zwischen schriftsätzlichem Vortrag und mündlicher Vernehmung des Klägers entschlossen, die Parteien erneut persönlich anzuhören. Diese Anhörung ergab wiederum die Unrichtigkeit des schriftsätzlichen Vortrages. So hat der Kläger erneut bekundet, dass er es war, der nach einem Anruf der Frau St. den Kontakt zu dem Beklagten gesucht hat. Eine vorherige Verbindung des Beklagten zu den Objekten oder den diese vermittelnden Personen ist nicht ersichtlich. Die diesbezüglichen **Ausführungen des Klägers**, er habe erfahren,

„dass er (der Beklagte) wohl Frau St. den Tipp gegeben hat“, sind **spekulativ** und haben mit den schriftsätzlichen Behauptungen, die dahin gehen, dass der Kläger durch einen vom Beklagten übergebenen Prospekt auf das Objekt aufmerksam wurde, nichts zu tun.

2.2.4. Unbeachtlich bleibt schließlich auch, dass der Kläger eine **Provisionszahlung zugunsten des Beklagten andeutet** und (im Übrigen verspätet) durch Zeugnis der Frau St. unter Beweis stellt. Die diesbezüglichen Ausführungen des Klägers in dem Schriftsatz vom 20.2.2002 sind ersichtlich spekulativ:

Wer ausführt, die Veranlassung des Klägers durch den Beklagten zum Erwerb der Eigentumswohnungen hänge „vielleicht“ damit zusammen, dass dem Beklagten eine „Provision“ zugesagt worden sei, trägt gerade nicht mit der im Zivilprozess unabdingbaren Klarheit und Deutlichkeit den Sachverhalt einer Provisionszusage vor, sondern **spekuliert ins Blaue hinein**. Es ist nicht Sache des Senats, dieser Spekulation durch Vernehmung der Frau St. ausforschend nachzugehen. Auf die strenge Haftung, welche die Rechtsprechung (zu Recht) Steuerberatern auferlegt, welche Provisionszahlungen entgegennehmen (*grundlegend: BGH, Urt. v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86, zitiert nach juris*) kann sich der Kläger daher nicht berufen. (...)

## Lohnbuchhaltung

- Gehaltsbestimmung
- Tarifvertrag

(LG Bonn, Urt. v. 1.10.2002 – 15 O 228/02)

### Leitsatz (d.Verf.):

Die Bestimmung des Gehalts obliegt dem Arbeitgeber. Der Steuerberater muss das richtige Gehalt nicht unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen oder betrieblichen Regelungen ermitteln. Dementsprechend gibt es auch keine Aufklärungs- und Belehrungspflichten über Tarifverträge.

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Schadenersatz aus einem Steuerberatervertrag in Anspruch.

Die Klägerin betreibt eine Gaststätte, der Beklagte war über 20 Jahre ihr Steuerberater. Als solcher war er auch mit der Lohnbuchführung beauftragt. Seit dem April 1990 berechnete er ebenfalls die Gehälter der Kellner, mit denen die Klägerin zur Entlohnung eine Umsatzbeteiligung vereinbart hatte. Die Klägerin übermittelte jeweils am Monatsende eine Aufstellung mit den von den Kellnern erzielten Bruttoumsätzen, der Beklagte zog von diesen Umsätzen die Mehrwertsteuer ab und wies als Vergütung der Kellner die mit diesen vereinbarten Prozente vom Nettoumsatz aus. Die Klägerin zahlte alsdann die so errechneten Vergütungen an ihre Kellner.

Diese Berechnungsmethode entspricht nicht dem für den Betrieb der Klägerin einschlägigen Manteltarifvertrag für das Gaststätten- und Hotelgewerbe des Landes Nordrhein-Westfalen e.V., nach dem Umsatzbeteiligungen aus dem Endpreis zu errechnen sind. Der Endpreis ergibt sich dabei aus dem Waren- oder Leistungserlös zuzüglich aller weiteren Anteile einschließlich der Umsatzbeteiligung der entsprechenden Arbeitnehmer und dem Mehrwertsteueranteil. Bei einer vereinbarten Umsatzbeteiligung von 12% beträgt die auszuzahlende Umsatzbeteiligung danach 9,32% des Endpreises, eine vereinbarte Umsatzbeteiligung von 10% entspricht 7,9% des Endpreises.

Aufgrund der vom Beklagten errechneten Gehälter zahlte die Klägerin u.a. an den bei ihr beschäftigten Kellner B. im Jahre 1999 eine Umsatzbeteiligung in Höhe von 41.462 DM aus, was einem Anteil am Bruttoumsatz in Höhe von 11,21% entsprach. An den Kellner C. zahlte sie im Jahre 1999 37.383,65 DM aus, was einer Umsatzbeteiligung vom Bruttoumsatz in Höhe von 10,34% entsprach. Einschließlich der von ihr zusätzlich gezahlten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung errechnet die Klägerin für diese beiden Kellner für das Jahr 1999 einen Schaden in Höhe von 9.949,97 DM, den sie als Teilbetrag zum Gegenstand der vorliegenden Klage erhebt.

Sie behauptet, dem Beklagten keinerlei Angaben gemacht zu haben, wie er die Gehaltsansprüche der „Umsatzkellner“ habe berechnen sollen. Sie sei davon ausgegangen, dass der Beklagte dies unter Beachtung des einschlägigen Tarifvertrages vornehmen werde. Hierzu vertritt die Klägerin die Auffassung, dass der Beklagte dazu verpflichtet gewesen sei. Insbesondere habe er auch die Urlaubsgewütungen so berechnet, wie der Manteltarifvertrag dies vorgibt. Insoweit

könne er sich nicht darauf berufen, von dem Manteltarifvertrag keine Kenntnis gehabt zu haben.

(Anträge ...)

Der Beklagte behauptet, der Geschäftsführer der Klägerin habe seiner Mitarbeiterin vorgegeben, wie die Gehälter der Umsatzkellner zu berechnen seien. Er habe die in seiner Steuerberaterkanzlei beschäftigte Mitarbeiterin H. angewiesen, die Bemessungsgrundlage für die Umsatzbeteiligungen müsse durch das Herausstechen lediglich der Umsatzsteuer ermittelt werden.

Die Arbeitsverträge mit den Kellnern sowie den Manteltarifvertrag habe die Klägerin bzw. ihr Geschäftsführer – unstreitig – ihm, dem Beklagten, nicht übergeben. Er habe auch anderweitig keine Kenntnis von diesem Manteltarifvertrag gehabt. Insbesondere beruhe die Berechnung des Urlaubsentgeltes auf einer weiteren, schriftlichen Weisung der Klägerin aus dem Jahre 1986.

Der Beklagte vertritt die Auffassung, es sei nicht seine Aufgabe als Steuerberater gewesen, das Gehalt der Arbeitnehmer der Klägerin festzulegen. Er habe lediglich die Lohnbuchhaltung durchgeführt und dabei auf Bitten der Klägerin die Gehälter lediglich nach der erteilten Weisung errechnet. Rechtliche Vorüberlegungen habe er nicht anstellen müssen, insbesondere sich nicht über Arbeitsverträge oder Manteltarifverträge informieren müssen. (...)

Die Klage ist unbegründet.

Der Klägerin steht ein Schadenersatzanspruch aus positiver Vertragsverletzung des mit dem Beklagten geschlossenen Steuerberatungsvertrages nicht zu.

#### Aus den Gründen:

Es kann bereits eine Pflichtverletzung des Steuerberatervertrages nicht festgestellt werden. Der Beklagte war unstreitig im Rahmen des Mandats auch mit der Lohnbuchführung gemäß § 34 StBGebV beauftragt. Dazu zählt grundsätzlich **nicht die ausschließlich dem Arbeitgeber vorbehaltene Bestimmung des Gehaltes als solchem unter Einbeziehung der betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen** (vgl. Eckert, Steuerberatergebührenverordnung 3. Aufl. 2001, § 34 StBGebV, Rdnr. 3).

Dafür, dass vorliegend etwas anderes dergestalt vereinbart worden sei, dass der Beklagte den Arbeitslohn als solchen eigenverantwortlich habe ermitteln sollen, ergeben sich aus dem Vortrag der Parteien und aus dem Ergebnis der durchgeführten Beweisaufnahme keine hinreichenden Anhaltspunkte:

Die Klägerin ist der Behauptung des Beklagten nicht entgegengetreten, er habe stets nur die Leistungen unmittelbar für die Lohnbuchführung abgerechnet, nicht aber für weitere im Zusammenhang damit stehende Tätigkeiten.

**Ein Indiz dafür, dass der Beklagte die Gehälter selbstständig unter Beachtungen der einschlägigen tarifrechtlichen Bestimmungen ermitteln sollte, ergibt sich auch nicht daraus, dass er die Urlaubsentgelte entsprechend den tarifvertraglichen Bestimmungen errechnet hat.** Denn insoweit lag eine Weisung der Klägerin vor, wie diese Entgelte zu berechnen seien. Der Beklagte hat das Schreiben der Klägerin im Termin vom 20.8.2002 vorgelegt. Die Zeugin H. hat dazu bekundet, dass diese Anweisung im Büro vorlag und zur Berechnung der Urlaubsentgelte herangezogen worden ist.

Die Zeugin H. hat darüber hinaus bekundet, dass es auch für die Berechnung der monatlichen Gehälter eine Weisung der Klägerin gegeben habe. Hierzu hat sie ausgeführt, sie habe nach Einführung der „Prozentkellner“ mit dem Geschäftsführer der Klägerin telefoniert und gefragt, ob die übermittelten Umsatzzahlen Netto- oder Bruttoumsätze seien. Sie habe daraufhin die Antwort erhalten, es handele sich um Bruttoumsätze. Sie habe dann erklärt, sie werde die Gehälter dergestalt berechnen, dass sie die Mehrwertsteuer aus diesen Zahlen herausrechne und sodann den ihr vorgegebenen Prozentanteil des Kellners berechne, um zum Lohn zu gelangen. Es sei ausdrücklich mit dem Geschäftsführer der Klägerin besprochen worden, dass sie so verfahren solle.

Nach diesem Beweisergebnis steht fest, dass entgegen dem Vortrag der Klägerin ein Auftrag der Klägerin an den Beklagten, die Gehälter der Kellner eigenverantwortlich zu ermitteln, nicht erteilt worden ist, dass vielmehr der Beklagte auch insoweit nach Weisungen der Klägerin gearbeitet hat. Zwar hat der Geschäftsführer der Klägerin im Rahmen seiner – zur Wahrung der prozessualen Waffengleichheit gebotenen – persönlichen Anhörung bestritten, dass ein Gespräch solchen Inhalts stattgefunden habe,

die Kammer folgt jedoch den glaubhaften und in sich schlüssigen Bekundungen der Zeugin H.

Die Zeugin hat nachvollziehbar davon berichtet, dass sie das Gehalt habe errechnen sollen, weil sie aber nicht gewusst habe, wie, d.h. von welcher Berechnungsgrundlage sie habe ausgehen sollen, bei der Klägerin nachgefragt habe. Sie hat alsdann bekundet, dass sie dem Geschäftsführer der Klägerin erklärt habe, wie sie vorgehen werde. Der Weg dorthin deckt sich auch mit der Erklärung des Geschäftsführers der Klägerin, der angegeben hat, der in den dem Beklagten überreichten Personalbögen der Kellner angegebene Prozentsatz habe sich auf den Nettoumsatz bezogen.

Soweit die Klägerin die Glaubwürdigkeit der Zeugin mit Schriftsatz vom 9.9.2002 in Zweifel gezogen hat, weil die Zeugin als langjährige Angestellte des Beklagten, die den Schaden letztlich durch ihre Berechnungen verursacht habe, ein eigenes Interesse am Ausgang des Rechtsstreits habe, vermag die Kammer dem nicht zu folgen:

Die Zeugin ist nicht mehr bei dem Beklagten beschäftigt. Aus dem bloß in der Vergangenheit bestanden habenden, wenn auch langjährigen Beschäftigungsverhältnis lässt sich ein Eigeninteresse der Zeugin nach Auffassung der Kammer jedenfalls nicht in einem Maße herleiten, dass ihrer Aussage nicht ein Beweiswert zukäme, der jedenfalls den Beweiswert der Erklärung des Geschäftsführers der Klägerin, dessen Eigeninteresse offensichtlich ist, überwiegt.

Steht danach fest, dass der Beklagte bei der Berechnung der Gehälter der Kellner nach einer Weisung der Klägerin gehandelt hat, ist eine Pflichtverletzung nicht gegeben.

Eine solche ergibt sich im Übrigen auch nicht aus dem Umstand, dass der Beklagte über einen langen Zeitraum der Steuerberater der Klägerin war, etwa dergestalt, dass der Beklagte die tarifrechtlichen Grundlagen der Gehaltsfindung ohne Aufforderung der Klägerin hätte ermitteln müssen. **Wie dargelegt, ist die Gehaltsbestimmung als solche Sache des Arbeitgebers, nicht des Steuerberaters. Der Beklagte hatte also nicht aus eigener Veranlassung die nach dem Manteltarifvertrag geschuldete Vergütung zu ermitteln, zumal der Klägerin ja auch unbezahlt war und ist, ihre Kellner übertariflich zu bezahlen.** Insoweit bestand demzufolge auch keine Hinweispflicht.

Selbst wenn man also der Aussage der Zeugin keinen Beweiswert beimessen wollte, wäre nach der Erklärung des Geschäftsführers der Klägerin im Termin vom 20.8.2002 doch davon auszugehen, dass sich aus den Personalbögen der Kellner ergeben habe, dass sich die Umsatzbeteiligungen auf den Nettoumsatz bezögen.

Der Nettoumsatz stellt im allgemeinen Sprachgebrauch den Umsatz ohne Mehrwert- bzw. Umsatzsteuer dar. Der Beklagte hat die Umsatzbeteiligungen auch von diesem „Nettoumsatz“ ausgehend zutreffend errechnet. Dass im Manteltarifvertrag die Umsatzbeteiligungen nicht auf den „Nettoumsatz“, sondern auf den so genannten „Endpreis“ bezogen werden, brauchte der Beklagte nicht zu wissen und brauchte sich diese Kenntnisse auch nicht ohne entsprechenden Auftrag zu verschaffen.

## GI Leitsätze

### Unterlassene Bilanzierung/Betrug

1. § 283 Abs. 1 Nr. 7 Buchst. b StGB ist ein echtes Unterlassungsdelikt; eine Strafbarkeit entfällt daher, wenn der Täter aus fachlichen oder finanziellen Gründen zur Erstellung einer Bilanz nicht in der Lage war.

2. Die Stundung einer bestehenden Forderung bzw. die Rücknahme eines Zwangsvollstreckungsantrags begründet nur dann einen Vermögensschaden, wenn dadurch eine Verschlechterung der konkret gegebenen Vollstreckungsaussichten eintritt. Das ist nicht der Fall, wenn der Schuldner schon im Zeitpunkt der Stundung kein pfändbares Vermögen mehr hat.

(Leitsätze nicht amtlich)

(BGH, Beschl. v. 30.1.2003 – 3 StR 437/02, wistra 2003, 232)

### Honorarklage/Sozietät/Erhöhungsgebühr, § 6 BRAGO

Bei Aktivprozessen einer Sozietät von Steuerberatern und Rechtsanwälten hat insbesondere bei der Einziehung von Honorarforderungen die Sozietät Vorsorge dafür zu treffen, dass diese Aufgabe durch ein anwaltliches Sozietätsmitglied allein erledigt wird; eine Erhöhungsgebühr nach § 6 Abs. 1 Satz 2 BRAGO fällt daher nicht an.

(BGH, Beschl. v. 5.1.2004 – II ZB 22/02)

## GI Hinweise

### Münchener Vertragshandbuch Band 2 und 3: Wirtschaftsrecht I und II

Bestens gerüstet ist der Rechtsanwalt, Notar oder Unternehmensjurist, wenn er das Münchener Vertragshandbuch zur Hand nimmt. Das sechsbändige Werk hilft ihm dabei, für seine Mandanten oder für sein Unternehmen interessengerechte und juristisch einwandfreie Verträge zu entwerfen. Den zahlreichen Vertragsmustern folgen Anmerkungen, mit denen der jeweilige Sachverhalt und die Gründe, die zur Wahl des spezifischen Formulars geführt haben, erläutert werden.

Band 2 umfasst u.a. Formulare zu den Themen:

- Vertriebsverträge
- Franchising
- Unternehmenskauf (jetzt auch mit Asset Deal)
- Unternehmenspacht
- Kartellvertragsrecht
- Öffentlich-rechtliche Verträge (Bau- und Erschließungsrecht)
- Industrieanlagengeschäft
- Transportrecht
- Forschungs- und Entwicklungsverträge
- Qualitätssicherungssysteme
- Energielieferungsverträge
- Computerrecht
- Telekommunikation, Online-Dienste, Internet

Münchener Vertragshandbuch, Band 2: Wirtschaftsrecht I - Verlag C.H.Beck, 5. neu bearbeitete Auflage 2004, XXVI, 1.294 Seiten, in Leinen, 138,- €, ISBN 3-406-47233-8

Band 3 umfasst u.a. Formulare zu den Themen:

- Kreditsicherungen
- Finanzierungsverträge (einschl. Leasing)
- Bankrecht (Leasing, Forfaitierung, Factoring)
- Patent- und Know-how-Lizenzrecht
- Arbeitnehmererfindungsrecht
- Markenrecht
- Urheber- und Verlagsrecht
- Werbe- und Wettbewerbsrecht
- Sport- und Sendungssponsoring

Münchener Vertragshandbuch, Band 3: Wirtschaftsrecht II - Verlag C.H.Beck, 5. neu bearbeitete Auflage 2004, XXVIII, 1.334 Seiten, in Leinen, 138,- €, ISBN 3-406-47234-6

Preis je Band bei Abnahme aller 6 Bände 122,- €. Bitte bestellen Sie hierfür das Gesamtwerk.

### Das Rechtsleben der GmbH in einem Band!

Das Gesellschafts- und Steuerrecht der GmbH und ihrer Gesellschafter wird in diesem Buch erläutert - kompakt und topaktuell. Viel hat sich auf diesem Gebiet getan:

Im Gesellschaftsrecht sind einige grundlegende Entscheidungen ergangen, z.B. zu den Finanzplankrediten oder zur Heilung verschleierter Sacheinlagen. Das Steuerrecht hat durch die Steuerreform tief greifende Änderungen erfahren und musste in weiten Teilen neu geschrieben werden.

Nicht geändert hat sich dagegen, dass das Werk (das frühere „GmbH-Praktikum“) in bewährter Weise den Steuer- und Rechtsberatern einen Überblick über das gesamte Rechtsleben der GmbH verschafft. Gesellschafts- und Steuerrecht sind nicht nur ausführlich erläutert, sondern auch für alle relevanten Vorgänge in der GmbH miteinander verknüpft. So können Berater die Wechselwirkungen zwischen dem „eigenen“ sowie dem „fremden“ Rechtsgebiet richtig einschätzen und bei Beratung und Gestaltung optimal nutzen.

Von der Gründung der GmbH über ihre Finanzierung und die Gestaltung der erforderlichen Verträge bis zur Beendigung der Gesellschaft bleiben keine Fragen offen.

Die Autoren - ausgewiesene GmbH-Gesellschafts- und Steuerrechtler - geben ihr Praxiswissen verständlich und gut umsetzbar weiter. Berater-Tipps, Beispiele und Übersichten erschließen beide Rechtsgebiete für die praktische Gestaltung. Schon berücksichtigt: Korb II, HBeglG 2004, EStR 2003.

Tillmann/Winter: Die GmbH im Gesellschafts- und Steuerrecht, von RA, FAST Prof. Dr. Bert Tillman und RegDir a.D. Willi Winter unter Mitarbeit von Notar Dr. Eckhard Wälzholz - Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 4. neu bearbeitete Auflage 2004, 494 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 54,80- €, /89,- SFr, ISBN 3-504-32164-4

# Mit Lutter/Hommelhoff geht fast alles.



www.otto-schmidt.de

In diesem Kurzkomentar steht einfach alles drin. Das ideenreiche Werk ist zwar kompakt, lässt aber dennoch nichts vermissen, weil es praxisgerecht gewichtet ist: Unstreitiges wird prägnant in aller Kürze abgehandelt, offene Rechtsfragen werden mit Tiefgang diskutiert. Der Kommentar ist weit verbreitet, wird oft zitiert, die Meinung der Autoren hat seit jeher überall Gewicht. In der neuen Auflage wurde vor allem die gesamte Rechtsprechung sorgfältig ausgewertet, die das GmbH-Recht in den letzten Jahren ja so sehr verändert hat. Mit diesem Standardwerk gehen Sie im GmbH-Recht jedenfalls nie unter.

**BESTELLSCHEIN**  
Fax (02 21) 9 37 38-943

☒ Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht Lutter/Hommelhoff **GmbH-Gesetz** 16., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2004, rd. 1.500 Seiten DIN A5, gbd. 109,- € [D]  
ISBN 3-504-32479-1

Name

PLZ

Ort

Straße

Datum

Unterschrift

4/04

**16. Auflage  
2004**



Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt • Postfach 51 10 26 • 50946 Köln



### BEIHEFTER

Die betriebliche Altersversorgung wird immer mehr zu einer Schlüsselperson für ein Unternehmen. Insbesondere Führungskräfte, Manager und leitende Angestellte verfügen als Spitzenverdiener nur über eine unzureichende gesetzliche Altersversorgung. Deshalb richtet gerade diese Personengruppe bei der Wahl des Arbeitsplatzes ein besonderes Augenmerk auf zusätzliche soziale Absicherung.

Die betriebliche Altersversorgung hat sich somit zu einem bedeutenden sozial- und personalpolitischen Instru-

mentarium entwickelt, das zu einem festen Bestandteil in modernen Gesamtvergütungssystemen geworden ist.

Grund genug, um Führungskräfte und Unternehmer in Ihrer Mandantschaft darüber zu informieren.

In unserem Beihefter finden Sie kurz dargestellt die wesentlichen Informationen zur rückgedeckten Pensionszusage. Nutzen Sie auch die beigelegte Fax-Antwort und informieren Sie sich über weitere aktuelle Themen der betrieblichen Altersversorgung.

### GI-HOTLINE

**(02 21) 1 44-51 55**

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

### IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe  
ISSN 1430-550 X

#### Herausgeber:

Gerling  
Marketing Freie Berufe  
50597 Köln  
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

#### Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,  
Fachanwalt für Steuerrecht  
(verantwortlich für den Inhalt)

#### Erscheinungsweise:

6-mal im Jahr, jeweils am  
10. des Monats

#### Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,  
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

#### Layout und Satz:

Type Connection,  
Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

#### Druck:

Boyens Offset,  
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide